

Auslandspreise	Einzelnumm.	vierteljähr.
Argentinien Pes.	0.30	Pes. 3.60
Belgien Fra.	2.-	Fra. 24.-
Bulgarien Lew.	8.-	Lew. 96.-
Dänzig Guld.	0.30	Guld. 3.60
Deutschland Mk.	0.25	Mk. 3.-
Estland E.Kr.	0.22	E. Kr. 2.64
Finnland Fmk.	4.-	Fmk. 48.-
Frankreich Fra.	1.50	Fra. 18.-
Großbritannien s.	4.-	s. 48.-
Holland Gld.	0.18	Gld. 1.80
Italien Lir.	1.10	Lir. 13.20
Jugoslawien Din.	4.50	Din. 54.-
Lettland Lat.	0.30	Lat. 3.60

Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis im Quartal
(im Ausland Kc 24.-) **Kc 18.-**

Auslandspreise	Einzelnumm.	vierteljähr.
Litauen Lit.	0.50	Lit. 6.00
Luxemburg B. Fra.	2.-	B. Fr. 24.-
Norwegen Kr.	0.35	Kr. 4.20
Oesterreich Sch.	0.40	Schill. 4.80
Palästina P. £	0.015	P. £ 0.18
Polen Zloty	0.20	Zloty 2.40
Portugal Esc.	2.-	Esc. 24.-
Rumänien Lei.	10.-	Lei. 120.-
Saargebiet F. Fr.	1.50	F. Fr. 18.-
Schweden Kr.	0.35	Kr. 4.20
Schwiz Fr.	0.30	Fr. 3.60
Spanien Pes.	0.70	Pes. 8.40
Ungarn Pengö	0.35	Pengö 4.20
USA Dollar	0.08	Dollar 0.96

Die fallende Reichsmack

Die Weltorganisation der Lüge

Es ist über die Millionen berichtet worden, die dem Reichslügenminister Göbbels heute für seine Propaganda zur Verfügung stehen. Aber diese Berechnungen bleiben noch hinter der Wirklichkeit zurück: Göbbels selbst — der wie alle minderwertigen Menschen nicht den Mund halten kann und oft mehr ausplaudert als seinem Brotgeber lieb ist — hat sich vor einigen Tagen im vertrautesten Kreise seiner Tat- und Gesinnungsgenossen gerühmt, er verfüge allein für die Presse-Propaganda und für den Meinungsverkauf im Ausland einen Fonds von 30 Millionen Mark!

Wer die Riesensummen kennt, die Hitler-Deutschland bisher schon für die Propaganda im Ausland ausgegeben hat, wird sich nicht darüber wundern, welche eine niederträchtige Verschwendung mit den Steuergroschen des deutschen Volkes heute von den Nazis getrieben wird. Goebbels' Meinungskauf-Gelder rollen heute in den meisten Staaten Europas und sogar auch in den überseeischen Ländern, wie die erst kürzlich in Nordamerika aufgedeckte Nazi-Propaganda-Organisation gezeigt hat. Nach zuverlässigsten Informationen die selbst durch die dickgepolsterten Türen des Propaganda-Ministeriums gedrungen sind, hat das Hitler-Deutschland für seine Wühlarbeit im Ausland bisher folgende Summen ausgegeben:

Oesterreich	5,000,000 Mark
Tschechoslowakei	5,000,000 Mark
Schweiz	750,000 Mark
Schweden	500,000 Mark
Belgien	700,000 Mark
Baltische Staaten	500,000 Mark
Dänemark	200,000 Mark
Finnland	200,000 Mark
Rumänien	500,000 Mark
Holland	1,500,000 Mark
Nord-Amerika	4,000,000 Mark
Süd-Amerika	2,000,000 Mark

Zusammen ergibt das also bereits weit über 20 Millionen Mark! Und dabei stammen diese Ziffern aus der zweiten Oktoberhälfte! Man kann ungefähr denken, wieviel seitdem noch ausgegeben worden ist und ferner, wieviel Gelder außerdem noch auf allerlei Wegen und durch allerlei Kanäle — auch aus den schwarzen Fonds des Auswärtigen Amtes und des Reichswehr-Ministeriums — in die Hände der Nazi-Missionäre geflossen ist. Man hat es ja dazu! Die Nazis können heute mit der unverfrorensten Großzügigkeit ihre Partei-Propaganda aus der Reichskasse und vom deutschen Volke bezahlen lassen. Etats-Kritik gibt es nicht mehr; es wäre ja noch schöner, eine solche dem dreimal verfluchten Parlamentarismus entstammende Kontrolle der öffentlichen Verwaltung zu dulden! Eine „Regierung der Ehrenmänner“ braucht sich derlei nicht gefallen zu lassen!

Mit diesen Geldern und mit allen Errungenschaften modernster Lügen- und Wühl-Technik kann der Lügen-Virtuose Göbbels im Ausland natürlich intensiv arbeiten. Wie gesagt: Es gibt heute kaum noch einen Staat in Europa, in dem nicht von Berlin aus Nazi-Zellen verpflanzt worden wären! Die

Enthüllungen des „Petit Parisien“ — und mögen sie auch tausendmal von der Lügenzentrale in der Wilhelmstraße demütiert werden — haben nur einen Teil des hitlerischen Aktionsprogrammes bloßgelegt. Denn Hitlers Endziele gehen viel weiter: Er will — mögen Ewig-Naive es ungläubig belächeln — überall eine Nazi-Revolution erreichen!

Überall arbeiten bereits Nazi-Emissäre! Das weitverzweigte Netz der Nazi-Wühlarbeit sieht heute so aus:

In Nord-Amerika: Seit zwei Jahren bereits sind die dortigen Agenturen der Hapag und des Norddeutschen Lloyds verkappte Nazi-Propaganda-Zellen. Wer einmal — wie der Schreiber dieser Zeilen — Gelegenheit hatte, beispielsweise in die Neuyorker Vertretungen dieser Schiffahrts-Gesellschaften einen Blick zu werfen, mußte entsetzt sein über das Maß der Hetzarbeit, die dort schon seit Jahren gegen die Weimar-Republik verrichtet wurde! Mit dem Hitler-Umsturz ging es natürlich erst recht los! Nun konnte man ungenierter arbeiten. Alle unbequemen Angestellten wurden unter fadenscheinigen Vorwänden entlassen; an ihre Stelle kamen die unter dieser falscher Flagge nach USA. entsandten Göbbels-Gehilfen. Obwohl das Passage-Geschäft der deutschen Schiffahrtsgesellschaften sich seit April dieses Jahres fast um 50 Prozent vermindert hat — es ist sogar vorgekommen, daß ein Lloyd-Dampfer wegen Mangel an Passagieren nicht fahrplanmäßig, sondern um zehn Tage später die Rückreise antrat — hat sich die Zahl der Angestellten der deutschen Schiffahrtsbüros in USA. beinahe verdoppelt. Diese Agenturen wurden nun die festen Stützpunkte der Nazi-Agitation. Jedoch nicht von diesen Büros aus allein wird intensivste Nazi-Propaganda getrieben; Göbbels hat seine Handlanger auch in alle deutschen Konsulate

gesteckt, wo sie eine umfassende Tätigkeit (Spitzellei, Denunzation und Beeinflussung der öffentlichen Meinung) entfalten. Die Zahl der heute in Nord-Amerika tätigen Hitler-Emissäre wird auf dreihundert geschätzt.

In Süd-Amerika hat die Nazi-Propaganda — wie nicht anders zu erwarten — ihre stärksten Stützpunkte in den seit jeher nationalistischen deutschen Vereinigungen. Selbstverständlich sind aber allen deutschen Konsulaten geeignete Göbbels-Jünger beigegeben worden. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn auch in Süd-Amerika bald die „Entdeckung“ einer weitverzweigten Nazi-Wühl-Organisation gemeldet wird.

In Europa: Wie weit die Minierarbeit in der Tschechoslowakei und in Oesterreich schon gediehen war, ist der Öffentlichkeit zur Genüge bekannt. Überall bestanden bereits feste und großausgebaute Organisationen, die einen bestimmten Umsturzplan ausführen sollten.

In Schweden hat man eine Verschwörung aufgedeckt, die nicht mehr und nicht weniger als die Bildung einer Nazi-Armee — ähnlich der SA — auf schwedischen Boden und einer großen Nazi-Organisation bezweckte, um Schweden eines Tages zu einer Filiale eines nationalsozialistischen Groß-Deutschland machen zu können. Görings häufige Besuche in Schweden waren durchaus nicht „privaten Familienangelegenheiten“ gewidmet.

In Dänemark ist eine intensive Nazi-Agitation besonders unter der Bauernschaft Süd-Jütlands festzustellen. Die Nazi-Apostel arbeiten in diesem Nachbarstaat hauptsächlich auf dem flachen Lande und nützen die Absatzkrise der dänischen Landwirtschaft in der bekannten aufputschenden Weise auf.

In Estland haben sich die Nazis mit dem „Verband ehemaliger Kriegs-

teilnehmer“ verbündet, einer faschistischen Kampf-Formation, die bereits 60.000 Mitglieder zählt. Woher die Gelder für ihre Ausrüstung fließen, kann man sich denken!

In Lettland hat man eine Kampforganisation Bund „Donnerkreuz“ aufgezo-gen, der seine enge Verwandtschaft mit dem Hakenkreuz nicht leugnen kann.

In Finnland ist zwar die faschistische Lappo-Bewegung zurückgeschlagen worden, aber Injektionen mit Nazi-Geldern können auch hier wieder belebend wirken.

In Ungarn ist unter dem Namen „Nationalsozialistische Volkspartei Ungarns“ eine nationalsozialistische Organisation gebildet worden, die ihren „Reichsführer“ und ihren „Stabschef“ hat und ein Manifest erließ, das folgenden Gruß an Hitler richtet: „Wir ungarische Volksgenossen stehen nicht an, zu erklären, daß wir, wenn es eine große Stunde will, auch mit Herz und Hand an Ihrer Schildseite stehen wollen!“

In Rumänien hatte die Nazi-Propaganda bisher die größten Erfolge aufzuweisen. Dort existieren — namentlich in Siebenbürgen — regelrechte Nazi-Kampforganisationen, ähnlich der SA, von der die „Eiserne Garde“ des Professors Cuza die stärkste ist. Einer der dortigen Naziführer, Cotaresco, hat kürzlich auf einem nationalsozialistischen Kongreß in Kischinew erklärt, daß Heil Rumäniens sei nur im Wege einer engen Verbindung mit dem deutschen Nationalsozialismus zu finden. „Osaf“ aller rumänischen Nazis ist der Oberst Tatarescu, vor dem Kriege rumänischer Militärattachee in Berlin. Der jüngste Kabinettswechsel in Rumänien hat mit krasser Deutlichkeit enthüllt, wie weit bereits dort die Umsturzarbeit der Faschisten gediehen war! Die enge Verbindung mit Berlin wurde nachgewiesen.

In Griechenland sogar gibt es neuerdings eine von einem früheren Generalstabs-Hauptmann geführten nationalsozialistischen Organisation „Ethnikos Enosta Elados“. Der „Führer“ hat in einer Kundgebung gar nicht geleugnet, daß er sich zu den braunen Zielen des Isar-Athen-München bekennt und in Hitler den Meister aller Meister erblickt.

In der Schweiz haben sich zahlreiche Nazi-Zellen eingenistet: Die „Neue Front“ ist die Dachorganisation der verschiedenen Nazi-Bünde. Man tarnt sich dort noch, ist aber um so intensiver an der Arbeit, den deutschen Teil der Eidgenossenschaft für die Pläne Hitler-Deutschlands sturmreif zu machen.

In Frankreich hat sich eine „Französische nationalsozialistische Partei“ gebildet, die zwar vorläufig kaum mehr als fünfzig Mitglieder zählt, aber immerhin für die Wühlarbeit der Nazi symptomatisch ist. „Führer“ ist der bekannte französische Antisemitenhäuptling Baron Robert Fabré-Luce. Er war Ende Oktober längere Zeit in Berlin. Die in Paris in deutscher Sprache erscheinende „Neue Pari-



Hitler, der Pazifist, sucht eine Unterhaltung zu zweien

„Marianne“ Paris

ser Zeitung" bezieht ihre Meinung aus dem Göbbels-Ministerium.

In Spanien hat sich eine faschistische Organisation unter der Führung des jungen Primo de Rivera, eines Sohnes des ehemaligen Diktators, gebildet. Die jungen Leute bekennen sich ebenfalls zu den „Zielen des Nationalsozialismus“.

In Belgien mußte die Regierung ein Uniform-Verbot für politische Verbände erlassen. Die Nazi-Agitation unter dem flämischen Teil der Bevölkerung hatte einen großen und gefährlichen Umfang angenommen: Es bestand bereits eine regelrechte Kampforganisation, „Grauhemden“ genannt, ihr Führer ist ein gewisser Severen, bei dem Schriftstücke gefunden wurden, die enge Beziehungen zwischen den belgischen Nationalsozialisten und der Nordwest-Sektion der NSDAP. aufdeckten. Geplant war der Bau mehrerer „Grauhäuser“, die einheitliche Uniformierung und die Schaffung einer Propaganda-Zentrale. Die belgischen Behörden haben ferner festgestellt, daß die belgischen Nazis von der deutschen Bruderpartei nicht nur mit erheblichen Geldmitteln, sondern auch mit Waffen und Sprengmitteln versorgt worden sind.

In Holland wird von Agitationszentren, die sich längs der Grenze befinden, eine intensive Propaganda betrieben. Es besteht bereits eine feste Kampforganisation, deren Führer, ein Hauptmann Roselvede, kürzlich erklärte: „Vorläufig sind wir nur 8000 Mann stark, ich garantiere aber, daß wir spätestens in einem halben Jahre mindestens 50.000 Mitglieder haben werden!“ Diese Nazi-Zentren in Holland sind auch die Verbindungsstationen für weiterreichende wehrpolitische Ziele.

So sieht also das Netz aus, über das die Nazi-Propaganda heute bereits verfügt. Zu den vielen gefährlichen Illusionen, die man sich leider bisher immer über die Nazi-Gefahr gemacht hat, gehört auch heute noch die, daß man nicht an den Erfolg einer derartigen Propaganda glauben will. Es ist unbestrittene Tatsache, daß die Herren des Dritten Reiches ihre Agitations-Stützpunkte im Auslande immer mehr ausbauen. Göbbels, seines Obermeisters Blechmundstück, hat vor einigen Wochen in einer Wahlrede gesagt, der Nationalsozialismus wolle bewußt ein Export-Artikel sein! Ein anderer von Hitlers Paladinen, der Reichsstatthalter Dr. Meyer, schmetterte: „Die Deutsche Revolution soll der Welt ein anderes Gesicht geben. Wir wollen neue Menschen formen. Eines Tages wird die deutsche Revolution nicht auf Deutschland beschränkt bleiben. Wir haben die Brandfackeln in alle Staaten der Erde geworfen!“ Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Lüninck, sagte in Aachen: „Noch ist das Werk nicht vollendet, daß im Dritten Reich ein Adler seine Schwingen spannt von Aachen nach Wien, von der burgundischen Pforte bis zum deutschen Meer im Fernen Osten, von den Alpen zur Küste. Aber das Werk wird vollendet!“ Noch einer, der Ober-Nazi und Staatsrat Simon in Koblenz, plauderte seelenruhig über das Programm seines Führers aus: „So weit die deutsche Zunge reicht, so weit deutsches Blut in den Adern rollt, so weit reicht das große Deutschland! Wir begnügen uns nicht mit der Saar. Darüber hinaus reicht die deutsche Zunge. Bis nach Metz und herunter bis nach Mühlhausen. Die Saar, Elsaß-Lothringen, Oesterreich, Luxemburg, Belgien und die Niederlande sind alle einmal deutsch gewesen. Nicht eher wird der Nationalsozialismus und wird sein Führer ruhen, als das Ziel eines Groß-Deutschland von 90 Millionen erreicht ist!“

Das genügt den Herrschaften aber noch nicht. In der braunen Zeitschrift „Volk im Werden“ hieß es vor einigen Tagen: „Die Stunde ist nicht fern, wo jeder Deutsche, jeder Mensch deutschen Blutes, er mag wohnen, wo er will, Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus in der gleichen Weise angehört, wie einst jeder Mohammedaner von allen Enden der Welt dem Kalifen aller Gläubigen!“

Es wäre töricht, diese Dinge einfach zu belächeln und sie als Ausgebirten einer Psychose abzutun! Noch vor einem Jahr hat man es für unmöglich gehalten, daß ein Hitler eines Tages deutscher Reichskanzler, und daß ein 65-Millionen-Volk Beute einer Handvoll vorbestrafter Verbrecher werden könnte!

Die Maske abgeworfen! Stresemann und Hitler

Die letzten gewerkschaftlichen Reste verschwinden

Die Verbände der „Deutschen Arbeitsfront“ sollen aufgelöst werden, künftig soll die „Deutsche Arbeitsfront“ nur noch Einzelmitglieder haben. Damit verschwinden die letzten Spuren der Gewerkschaften aus dem Unterdrückungssystem der Despotie. Die Organisation der Leyschen Arbeitsfront war ursprünglich auf den Verbänden der freien Gewerkschaften aufgebaut worden. Es hat sich jedoch gezeigt, daß trotz der völligen Beherrschung der Verbände durch die nationalsozialistischen Leitungen der wirkliche gewerkschaftliche Geist bei den Mitgliedern unaussrottbar war und auf die Beherrscher zurückwirkte.

Die Herren der Wirtschaft haben deshalb die Deutsche Arbeitsfront immer mit Mißtrauen gesehen, und immer wieder hat Staatssekretär Grauert die Ansicht vertreten,

daß die letzten Reste gewerkschaftlicher Organisation verschwinden müßten.

Die Deutsche Arbeitsfront ist deshalb auch schon seit langem von allem Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik entkleidet worden. Es ist ein lächerliches Mißverhältnis zwischen der Einflußlosigkeit dieser Organisation und dem Umfang des Apparates eingetreten. Es ist das gleiche Mißverhältnis, das zwischen den demagogischen Versprechungen der Nationalsozialisten für die Arbeiter und der wirklichen Stellung der Arbeiterschaft im Dritten Reich besteht.

Die nationalsozialistischen Gewerkschaftsbürokraten aber — sie sind eine wirkliche Bürokratie, die die Mitglieder beherrscht! — haben unentwegt die Demagogie der Versprechungen, den Arbeiterfang mit Verströmungen auf die Segnungen des Dritten Reiches betrieben. Die Diktatoren haben dies geduldet, solange

sie sich der Mehrheit der Verbandsmitglieder nicht sicher fühlten. Nach der Wahl vom 12. November haben sie die Maske abgeworfen. Sie brauchen die gewerkschaftliche Maskerade nicht mehr. Sie verbieten ihren Funktionären den Arbeitern von Lohnerhöhungen zu sprechen. Sie zerschlagen die Form der Verbände, die sie von den früheren Gewerkschaften übernommen haben. Vom berufsständischen Aufbau des neuen Staates redet niemand mehr. Der Industrie-feudalismus duldet die Deutsche Arbeitsfront nur noch als reine Unterdrückungsmaschine gegen die Arbeiter, er hat ihr selbst die Erzeugung gewerkschaftlicher Illusionen untersagt.

Was bleibt den Mitgliedern der Arbeitsfront noch von den Gewerkschaften, denen sie einst angehört haben? Nur noch die Pflicht der Beitragszahlung!

Die Arbeitsfront ist nichts anderes als die Einheberin einer zusätzlichen Steuer der Arbeiterschaft zur Lohnsteuer hinzu!

Die Arbeitsfront ermöglicht es ferner der Diktatur, die Arbeiter dauernd unter Aufsicht zu halten. Jetzt sollen sie nach Feierabend auch noch militärisch gedrillt werden. Aus dem beruflich gegliederten Aufbau nach Gewerkschaften wird nach der Einführung der Einzelmitgliedschaft der Aufbau einer Armee. Der einzelne Arbeiter wird aus seiner organisationsmäßigen Bindung herausgenommen und vereinzelt. Vom berufsständischen Geist redet niemand mehr — der Geist des Militarismus hat alle berufsständischen Illusionen verdrängt. Denn die Zerschlagung der Verbände legt Zeugnis ab von einem Geiste, der das ganze Volk nicht für den Frieden, sondern wie ein einziges Heer organisieren will.

Amtliche Nachhilfe

Stimmzählung am 12. November

Erst jetzt, nach der Wahl, ist der Umfang des Terrors in allen Teilen des Reiches zu übersehen, der das „Wahlresultat“ am 12. November bestimmt hat. Wir könnten noch Spalten füllen mit derartigen Terrormeldungen, und wir müßten neue Spalten hinzufügen, um die Repressalien zu schildern, die jetzt vielerorts an den Nichtwählern und Neinsagern verübt werden.

Nur zwei Beispiele: Vor der Wahl erlebten die Krusauer Kupfer- und Messingwerke G. m. b. H. eine Bekanntmachung, in der zur Wahlbeteiligung und zur Abstimmung für die Regierung aufgefordert wurde. Die Regierung werde nur an solche Werke Aufträge vergeben, deren Arbeiterschaft national gesinnt ist.

„Es würde dabei einen ungünstigen Eindruck machen, wenn am kommenden Sonntag sich unter den abgegebenen Stimmen solche befänden, die ein Mißtrauensvotum oder eine Zurückhaltung gegen die heutige Regierung erkennen ließen.“

Wir erinnern daher die Einwohnerschaft Kupfermühles schon in ihrem eigenen materiellen Interesse an ihre Pflicht.“

Krusauer Kupfer- und Messingwerke G. m. b. H., W. Becker.

Nach der Wahl wurden nach einem Bericht der Nazipresse in Altensteig bei Pforzheim zwei Kommunisten, die mit „Nein“ abgestimmt hatten, durch die Straßen geführt. Sie trugen ein Plakat mit dem Wortlaut: „Ich bin ein Volksverräter, ich habe mit „Nein“ abgestimmt!“ Voran ging ein Trommler der HJ. Die Gruppe, die von der Schullugend begleitet war, erreichte überall großes Aufsehen.

Was der Terror nicht erreichte, das wurde amtlich nachgeholfen bei der Auszählung der Stimmen. Die amtlichen Richtlinien für die Auszählung der Stimmzettel sehen u. a. vor:

- „Gültig sind Stimmzettel, in denen...
- das Kreuz in Form des Hakenkreuzes eingetragen ist;
- der Wahlvorschlag durch ein Loch (an Stelle des Kreuzes oder außer diesem) im Stimmzettel gekennzeichnet ist, sofern damit der Wille des Wählers unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht wird;
- die Kennzeichnung durch einen Hinweis in Form eines Pfeilstrichs stattgefunden hat;
- handschriftliche Zusätze eingetragen sind, durch die der Wähler seine

Begeisterung für den Volkskanzler Adolf Hitler oder sonst seine Zustimmung zur Regierungspolitik zum Ausdruck gebracht hat. Der Stimmzettel ist auch dann gültig, wenn dieser Zusatz als besonderer Zettel einem sonst zulässig gekennzeichneten Stimmzettel beigelegt ist.

Wie leicht ist es doch, einen Stimmzettel, der ohne Eintragung abgegeben wurde, noch durch ein kleines Loch schnell gültig zu machen. Und in der Nähe von Leipzig hat man Stimmzettel, die mit drei Pfeilen ungültig gemacht worden waren, als gültig anerkannt, denn die Kennzeichnung hatte in „Form eines Pfeilstriches“ stattgefunden.

Um das Bild dieser farnosen „freien“ Wahl zu vervollständigen, sei noch die amtliche Mitteilung vermerkt, daß der Reichswahl-ausschuß, der am 23. November getagt hat, aus dem Reichswahlleiter Dr. Reinhardt und sechs von der NSDAP. bestimmten Beisitzern bestand. Da muß das Resultat ja stimmen.

Der Skandal von Danzig

Ein Beschwerdeführer nach Deutschland verschleppt

Vor drei Wochen sind in Danzig die Chefredakteure der Danziger Landeszeitung, Kilian, und der Danziger Volksstimme, Fooker, verhaftet worden, ebenso der Redakteur der Danziger Landeszeitung, Teipel. Die Redakteure hatten beim Hohen Völkerbundskommissar für Danzig schriftlich Beschwerde gegen das verfassungswidrige Verbot ihrer Zeitungen eingelegt.

Die Danziger Verfassung ist vom Völkerbund garantiert — aber die nationalsozialistische Regierung in Danzig pfeift auf den Völkerbund. Die Verhaftung der Redakteure war ein Schlag ins Gesicht für den Völkerbund. Eine Antwort von Genf ist auf diese Provokation nicht erfolgt, geschweige denn irgendeine Maßnahme. Vielleicht beginnt Ende Januar eine akademische Erörterung der Angelegenheit in Genf.

Die nationalsozialistische Regierung in Danzig hat nun die Chefredakteure Kilian und Fooker aus dem Konzentrationslager Weichselmünde entlassen. Sie hat erreicht, was sie wollte. Sie hat die Erfahrung gemacht, daß die Völkerbundsgarantie für die Danziger Verfas-

„Als Stresemann, klarblickend und verdienstvoll, ein Uebereinkommen mit Frankreich anstrebte, hatte er das Volk nicht hinter sich. Ich habe es hinter mir... Elsaß-Lothringen! Ich habe oft genug gesagt, daß wir endgültig darauf verzichten!“

Gespräch mit dem „Matin“, 22. November 1933.

„Kampf dem Stresemann!... Damit (dem Uebereinkommen mit Frankreich) ist alles Maß überlaufen. Ein Mensch, der an Stresemanns Stelle für Frankreich etwas Ähnliches unterschrieben hätte, wäre nach seiner Rückkehr nach Paris wie ein Hund erschlagen worden!“

„Völkischer Beobachter“, 18. Oktober 1925.

Selbstmord im Gefängnis

Erwin Günther — in den Tod getrieben! Genosse Erwin Günther, der schon im Sommer dieses Jahres einmal in Dresden verhaftet war, hat während einer weiteren Haft am 11. November im Dresdener Polizeipräsidium seinem Leben ein Ende gemacht.

Günther, ein etwa 30jähriger überaus flechtiger Funktionär und lebenswerter Mensch, war Volontär beim Partei-Vorstand, hatte in Berlin in der Werbeabteilung der Partei mitgearbeitet, war dann in der Provinz als Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen tätig und im vorigen Jahre in Kiel Parteisekretär.

Nach den uns gewordenen Mitteilungen ist anzunehmen, daß es sich in diesem Falle nicht um einen nur vorgetäuschten Selbstmord handelt. Welche Qualen aber den jungen erst so lebenslustigen Mann dazu gebracht haben, sein Leben mit eigener Hand zu beenden — darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen.

Auch dieses kostbare Blut kommt auf das Haupt der braunen Mörder.

Die neue Farbe der SA

Grüne Uniform für grüne Jungens! Bekanntlich hat vor einigen Tagen Hitlers Röhm bekanntgegeben, daß die SA demnächst eine neue Uniform von neuem Schnitt und neuer Farbe erhalten soll. Wie aus Berlin berichtet wird, werden die neuen Nazi-Uniformen von grüner Farbe sein. Die neuen Uniformen der SA werden eine Kombination der englischen und russischen Militär-Uniformen sein: Ueber dem russischen Hemd wird ein Jackett getragen. Das Hemd wird wie das der russischen Soldaten meergrün sein, der Jackett-Ausschnitt wie bei der Uniform der englischen Armee.

Göring hat ja kürzlich gesagt, daß die alte SA-Uniform ganz unangemessen und „auf dem Schlachtfeld ganz unbrauchbar“ sei. Nun wird sie also auch „auf dem Schlachtfeld brauchbar“ sein und wird ausgezeichnet zu dem Feldgrau der Reichswehr passen. Doch was wird aus dem Horst-Wessel-Lied, in dem von „Hitlers braunen Bataillonen“ gesungen wird?

sung nur ein Blatt Papier ist, das sie ungestraft zerreißen darf. Sie hat der Bevölkerung klar gemacht, daß jeder bestraft wird, der diese Garantie in Anspruch nehmen will, und daß er auf Schutz durch den Völkerbundkommissar nicht rechnen kann. Sie hat die Völkerbundsgarantie soweit ausgehöhlt, daß davon nichts mehr übrig ist.

Die Naziregierung hat darüber hinaus ihren Erfolg mit einem besonders gemeinen Streich gekrönt. Der Redakteur Teipel von der Danziger Landeszeitung, der Reichsdeutscher ist, wurde nicht aus der Haft entlassen. Er wurde vielmehr auf reichsdeutsches Gebiet nach Marienburg abgeschoben und dort von den deutschen Behörden sofort verhaftet. Der Unglückliche wird in irgendeinem Konzentrationslager enden. Er wird wahrscheinlich sein Vertrauen zur Autorität des Völkerbundes mit dem Leben bezahlen.

Die Haltung des Völkerbundes entspricht der allgemeinen politischen Mentalität seit dem Januar 1933. Diese Mentalität läßt sich kennzeichnen durch den Satz: Verträge sind dazu da, nicht gehalten zu werden.

Korporationen, Stände und Monopole

Zünftige Verkleidung für modernste Raubwirtschaft

Die Faschisten reden gern und viel von den Korporationen, den Ständen. Freilich, in Italien sind die Faschisten im 11. Jahr ihrer Herrschaft eben erst dabei, diese berühmten Korporationen endgültig zu organisieren, und trotz des großen Geschreis, in das der Duce selbst mit einstimmt, handelt es sich um verdammt wenig Wolle. Im Grunde genommen werden die bestehenden Organisationen in Zwangskörperschaften umgewandelt, deren Leitung entweder von der herrschenden Staatsmacht für sich usurpiert hat, eingesetzt oder ihr unterstellt wird.

Der faschistische „Ständestaat“ aber ist Lug und Trug; er ist nicht, wie die faschistischen Staatstheoretiker weißmachen wollen, eine Neuschöpfung des ständigen Staates des Hochmittelalters, eine Verwirklichung einer wahren, organisierten Demokratie, sondern gerade das Gegenteil: die Ergänzung des staatlichen durch den gesellschaftlichen Absolutismus, eine wahre totale Despotie. Denn

Im Mittelalter waren die Stände die selbständigen Träger der Staatsmacht;

sie waren aus der einmal gegebenen Gesellschaftsordnung heraus organisch entstanden; die Staatsgewalt war von den herrschenden Ständen abhängig, wurde von ihnen gebildet und bis zu einem gewissen Grade kontrolliert, wobei allerdings die Massen des Volkes, die hörigen Bauern, entrechtet waren. Aber auch sie standen nicht unmittelbar unter der Staatsgewalt, sondern unter der Gewalt des Standes der Adligen, weshalb es, nebensagt, Unsinn ist, von mittelalterlichen Zuständen als von demokratischen zu sprechen, wie es die Verherrlicher des Mittelalters neuerlich so gerne tun.

Die mittelalterlichen Stände hatten auch weitgehende selbständige hoheitliche und Verwaltungsbefugnisse. Auch das Bürgerium in den mittelalterlichen Städten, in denen es zur Blütezeit kaum ein völlig besitzloses Proletariat gab, übte die Verwaltung sowohl im politischen als namentlich auch in den gewerblichen Angelegenheiten selbständig aus. Das alles bedeutete eine außerordentliche Schwäche und Beschränkung der mittelalterlichen Staatsmacht, ganz das Gegenteil eines totalen Staates.

Die kapitalistische Entwicklung hat die Stände radikal zerstört.

Sie hat durch die Geldwirtschaft erst die Schaffung der modernen Bürokratie und Armee ermöglicht; dadurch hat sie im Zeitalter des Absolutismus die politische Macht der herrschenden Stände zugunsten der erst jetzt sich verselbständigenden Staatsmacht gebrochen und ökonomisch die Stände in Klassen verwandelt. Zur Vertretung ihrer Klasseninteressen haben sich die verschiedenen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft auf Grund der Koalitions- und Versammlungsfreiheit zur Vertretung ihrer Klasseninteressen die freien Organisationen geschaffen, durch die sie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl wie auf die Staatsmacht ihren Einfluß ausübten. Diese Entwicklung hatte mit der Entwicklung der monopolistischen Tendenzen im Hochkapitalismus so großen Umfang angenommen, daß man mit Recht von dem neuen Zeitalter der Organisationen sprechen konnte.

Dieser vorhandenen, in ihren politischen und gesellschaftlichen Funktionen so bedeutsamen Organisationen bemächtigte sich nun die faschistische Staatsmacht. Die „Gleichschaltung“ bedeutet nicht etwa eine neue Staatsform, die sich auf diese Organisationen, die die Faschisten jetzt zu „Korporationen“ ernennen, gründet, die Staatsmacht wird jetzt nicht zur Exekutive der Organisationen, sondern umgekehrt,

die früher freien Organisationen werden in Ausführungsorgane und Werkzeuge der Staatsallmacht umgewandelt.

Das die wahre Demokratie zu nennen, ist eine Propagandalüge, die Göbbels dem Mussolini nachspricht.

Die Wirkungsweise der Organisationen hängt also im totalen Staat, solange seine Macht noch unerschütterlich ist, ganz von der Regierung ab. Deren wirklicher Charakter enthüllt sich in dem Spielraum, den sie den Organisationen läßt, und in der Auswahl

der Organisationen, denen sie die Verfolgung ihrer Ziele gestattet.

Nun ging das Ziel der bürgerlichen wirtschaftlichen Organisationen in der letzten Phase der kapitalistischen Entwicklung nach größtmöglicher Marktbeherrschung, nach Schaffung monopolistischer Macht. Dies Ziel hatten nicht nur die Großindustriellen im Auge, sondern gerade auch die kleinbürgerlichen Schichten. Ihre Innungen, für die sie mit immer steigendem Nachdruck staatlichen Zwangscharakter forderten, waren in der Praxis trotz entgegenstehender Bestimmungen immer mehr Preis- und Konditionenkartelle geworden, zum Teil mit großem Erfolg. Und ähnliche Tendenzen verfolgten die Händlerkreise, die ebenfalls auf Ausschluß oder wenigstens Einschränkung der freien Konkurrenz auf gesetzlichem Wege oder mit organisatorischen Machtmitteln hindrängten.

Es ist nun für den sozialen Charakter der nationalsozialistischen Regierung so überaus kennzeichnend, daß sie die Monopolbestrebungen der bürgerlichen Organisationen nicht nur frei gewähren läßt, sondern ihre eigene Wirtschaftspolitik ganz darauf einrichtet. Sie hat das vorgefundene Kartellgesetz, das die Ueberwachung der Kapitalmonopole durch den Staat vorsah, durch eine kleine, aber inhaltsschwere Aenderung, die

dem Wirtschaftsminister das Recht gibt, Zwangskartelle zu schaffen,

zu einem ungeheuren wirksamen Antrieb zur Kartellierung gemacht. Dies geschah nicht nur dadurch, daß der Minister die Außenseiter zum Beitritt zwang und dadurch erst das Zustandekommen des Kartells herbeiführte (Papier, Draht, Pappe usw.); bedeutungsvoller ist noch, daß die bloße Drohung, sich an den Minister zu wenden, namentlich wenn sie von „nationalsozialistischen“ Industriellen ausgesprochen wird, genügt, um den Widerstand von Außenseitern auszuschalten. So vergeht denn auch kein Tag mehr, an dem nicht der Abschluß eines neuen Kartells gemeldet wird.

Diese Bewegung beschränkt sich aber durchaus nicht auf die Großindustrie. Immer wieder kann man Notizen wie die folgende lesen:

Im Zuge der Vorbereitung des ständischen Aufbaues und der damit verbundenen Vereinheitlichung der industriellen Organisationen hat sich unter Zusammenschluß der bisherigen zentralen Verbände der Wäscheindustrie, des Verbandes deutscher Herrenwäsche-Fabrikanten, des Verbandes deutscher Damenwäsche-Fabrikanten, des Verbandes deutscher Fabrikanten von Schürzen, Unterkleidern und Kinderbekleidung, des Verbandes der Fabrikanten konfektionierter Weißwaren, Rüschen, Kinderhüte und verwandter Artikel ein Einheitsverband unter dem Namen Verband der deutschen Wäscheindustrie gebildet. Zu seinem Führer wurde Dr. Grohmann i. Fa. Schälfer & Vogel, Bielefeld, gewählt.

Kusch dich - oder verrecke!

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Dieses Sprichwort ist gleichgeschaltet worden, jetzt heißt es: „Wer nicht kusch, soll auch nicht arbeiten.“ Die Leipziger Kreislaufmannschaft ist mit einem Erlaß niederkommen, in dem es heißt, aus den öffentlichen und lebenswichtigen Betrieben seien in letzter Zeit viele marxistische Arbeiter und Angestellte entlassen und durch arbeitslose Nationalsozialisten ersetzt worden. Die Entlassenen sollten aber nicht dauernd „als Staatsfeinde gebrandmarkt und von der Wiedereinstellung ferngehalten werden.“ Wenn sie sich von der marxistischen Gedankenwelt abwenden und in absehbarer Zeit durch ihr Verhalten nachweisen, daß sie sich in ehrlicher Ueberzeugung hinter die nationalsozialistische Regierung stellen, dann solle und könne ihnen die Wiedereinstellung in eine andere, besonders private Arbeitsstelle nicht verwehrt werden.

Arbeit als Prämie für Wohlverhalten! Freilich dürften die Privatunternehmer selbst an dieser Sinneswandlung der Behörden nicht unbeträchtlich beteiligt sein. Viele von ihnen weigern sich seit längerer Zeit, auf die mar-

in derselben Zeitungsnummer liest man von dem Generalabkommen, das zwischen Kohlenproduktion und Kohlenhandel abgeschlossen wird. Die Kohlenproduzenten verpflichten sich, in Zukunft nur mit den in das Register des Kohlenhandels eingetragenen Firmen Handel zu treiben. So wird ein vollkommenes lückenloses Monopol nicht nur für die Produktion durch das Zwangskartell, sondern auch die monopolisierte Produktion für den Handel geschaffen. Denn

das Register ist gesperrt, das Entstehen neuer Konkurrenz unmöglich.

Solche „Fachschaften“ und „Einheitsverbände“ werden „im Zuge des ständischen Aufbaues“ jetzt unaufhörlich geschaffen. Sie enthüllen den wirklichen Sinn des „Ständestaates“ und die Begeisterung, die alle bürgerlichen Schichten für den „Aufbau des korporativen Staates“ erfaßt hat: die ganze totale Staatsmacht organisiert das kapitalistische Monopol, sie sichert und steigert den Profit auf Kosten der Konsumenten.

Zugleich enthüllen diese Vorgänge gewisse Illusionen über die „antikapitalistische“ Bewegung. Gewiß hat Hitler seine Versprechungen gebrochen und den Mittelstand enttäuscht. Soweit die antikapitalistische Bewegung gegen das Großkapital in Banken und Industrie gerichtet war und sich darin mit Tendenzen der Arbeiterklasse zu berühren schien, ist sie auch unter nationalsozialistischer Herrschaft zur Kapitulation gezwungen worden. Aber die Mittelschichten erhalten eine Kompensation, indem ihnen ebenso wie dem Großkapital der Konsument ausgeliefert wird.

Natürlich bedeutet diese Wirtschaftspolitik eine fortschreitende Teuerung

und selbst in der gleichgeschalteten Presse häufen sich in auffälliger Weise die beweglichen Klagen. Die wirkliche Macht liegt ausschließlich in den Händen der „Normalisierer“, der Krupp und Thyssen und ihrer Treuhänder. „Eingriffe“ in die Wirtschaft haben sie streng verboten, und sie denken ebensowenig daran, die industriellen Preissteigerungen zu hindern, wie der Darré den agrarischen Einhalt gebieten will. Und dabei ist es gar nicht mal wahr, daß auch nur die Nominallöhne gleich geblieben sind. In einer langen Schönfärberei muß sogar die „Frankfurter Zeitung“ schließlich zugeben, daß die Löhne bis Februar 1933 ständig gesunken sind. Im Februar 1932 betrug das Lohnaufkommen noch 68.17 Millionen gegen 58.60 im Februar 1933. Die Tariflöhne zeigten dann aber noch weiter bis April/Mai sinkende Tendenz.

Soweit das Geständnis. In Wirklichkeit besteht infolge der Ohnmacht der Gewerkschaften überhaupt nicht die geringste Kontrolle über die Einhaltung der Tarifverträge. Es ist sicher, daß das Einkommen der Arbeiterklasse von der Zange erfaßt

ist: Preissteigerung der Waren, namentlich der Lebensmittel einerseits, sinkende Löhne andererseits. Und das kann auch nicht anders sein bei einem System, dessen Inhalt die Ausdehnung der Monopolwirtschaft ist, dessen Staatsmacht rücksichtslos in dem Dienst der kapitalistischen Interessen steht, während gleichzeitig jede Gegenwirkung der Arbeiterschaft aufgehoben ist. Der Ständestaat, der politisch nur die kaum verhüllte Tarnung der nationalsozialistischen Parteidiktatur ist, enthüllt sich so ökonomisch als Versöhnung und Summierung der großkapitalistischen mit den mittelständlerischen Ausbeuterinteressen.

Dr. Richard Korn.

„Die Preise hoch!“

Ley parodiert das Horst-Wessel-Lied.

„Der Deutsche“, das Organ der Deutschen Arbeitsfront, wendet sich in einem Artikel, der auch von einem Teil der übrigen Presse übernommen wird, gegen Preistreiber und Lohnabbau, um dadurch die Erregung zu dämpfen, die offenbar selbst in dem gefügigsten NSBO-Mann die Milch der frommen Denkgart in gärenden Drachengift zu verwandeln droht. Dabei ist besonders interessant, daß Herr Ley, der als Führer der Deutschen Arbeitsfront allein das Recht in Anspruch nimmt, Abweichungen von Tarifverträgen zu gestalten, sich selbst eines schweren Verstoßes gegen den Geist der neuen Zeit durch eine Parodierung des Horst-Wessel-Liedes, der Nationalhymne des Dritten Reiches, schuldig macht. Er läßt energische Maßnahmen gegen die Elemente androhen, die sich außerhalb der Volksgemeinschaft stellen wollen. Geeignete Erziehungsmittel seien genügend zur Hand. „Wenn diese Herren nicht bald Vernunft annehmen, so würden Exempel statuiert werden. Die Herren könnten dann im Konzentrationslager gemeinsam das Lied singen:

„Die Preise hoch, Kartelle fest geschlossen.“

Da Herr Ley und seine Beauftragten sich selbst bemühen, den neuen Text für das Horst-Wessel-Lied populär zu machen, dessen Singen in Deutschland für den gewöhnlichen Sterblichen mit schärfster Strafe bedroht ist, wollen wir ihm bei der Verbreitung des neuen Textes behilflich sein, indem wir wenigstens den ersten Vers vollständig abdrucken:

„Die Preise hoch, Kartelle fest geschlossen!
Das Kapital marschiert mit leisem Schritt,
Die Börsianer sind Parteilgenossen,
Und für den Sozialismus sorgt Herr Schmitt!“

Warenhäuser unter Nazischutz

Der Hauptschlager der Nazilwerbung unter dem Mittelstand war die Forderung nach der Vernichtung der Warenhäuser und Konsumvereine. Die Konsumvereine sind zwar gleichgeschaltet worden, aber die neuen Männer sehen jetzt ihre Hauptaufgabe darin, die Konsumvereine zu erhalten und nachdrücklich für die Erhaltung der Mitgliedschaft in den Konsumvereinen zu werben.

Auch der Schlag gegen die Warenhäuser ist ausgeblieben; im Gegenteil, jetzt werden die Warenhäuser dem besonderen Schutz der Regierungspartei unterstellt. Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Mitteldeutschland hat am 30. September eine Kundgebung erlassen, in der er zwar feststellt, daß die Stellung der NSDAP zur Warenhausfrage unverändert sei, aber die Lösung werde zu geeigneter Zeit erfolgen. Ein aktives Vorgehen zur Stilllegung der Warenhäuser sei zur Zeit nicht geboten. Allen Gliederungen der Partei werde daher jede Aktion gegen die Warenhäuser verboten. Ebenso sind alle Maßnahmen, die die Warenhäuser behindern (Aufstellung von schwarzen Listen, Inseratensperre, Postenstreiken vor den Warenhäusern), von jedem zu unterlassen.

So endet ein weiterer Traum des Mittelstandes: Warenhäuser unterstehen dem besonderen Schutz der Regierungspartei.

Für Juden teurer!

In einigen ostpreussischen Städten wurde gemäß Beschluß der städtischen Körperschaften seit 1. April von Juden ein hundertprozentiger Zuschlag zu den Gas- und Stromgebühren erhoben. Der zuständige Landrat hat nun verfügt, daß die von April bis Oktober gezahlten Zuschläge den jüdischen Einwohnern wiedererstattet werden. Die Magistratsbeschlüsse wurden annulliert.

Aufgaben des Flüchtlingskommissars

Pässe — Aufenthaltsbewilligung — Arbeitsmöglichkeit — Unterstützung

In den nächsten Tagen wird zum ersten Male der Verwaltungsrat, der dem „Völkerbundskommissar zur Hilfe für die jüdischen und anderen Flüchtlinge aus Deutschland“ beigegeben ist und der aus Regierungsvertretern besteht, zusammentreten. Er wird erörtern, welche Aufgaben der Kommissar hat und wie sie zu lösen sind. Er wird sich auch mit der Frage beschäftigen, ob dem Kommissar ein Beirat zur Seite gestellt werden soll aus den Organisationen, die sich mit der Flüchtlingshilfe befassen, etwa ergänzt aus Vertretern der Flüchtlinge.

Schon jetzt sind nach vorliegenden Schätzungen

65.000 Deutsche ausgewandert, unter ihnen etwa 5000, die Deutschland besonders deshalb verlassen mußten, weil sie Anhänger der sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners oder der Freien Gewerkschaften waren.

Unter den 65.000 Flüchtlingen sind möglicherweise 8000 bis 10.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die nach Polen geflohen sind. Die Zahl der Auswanderer wächst noch täglich und wird weiter wachsen. Preußen z. B. und die preußischen Gemeinden haben ja erst zum ersten Oktober die Hauptentlassungen nach dem Beamtengesetz durchgeführt, so daß die Arbeiter und Angestellten erst jetzt, die Beamten erst am 1. Jänner 1934 mittellos werden. Andere zehren ihre Ersparnisse noch in Deutschland auf, jeden Tag auf Aenderung der Zustände hoffend. Ein neuer Strom von Flüchtlingen würde sich ins Ausland ergießen, wenn die Konzentrationslager geöffnet werden sollten. Deutschland entledigt sich eines Teiles seiner Arbeitslosenkosten durch Abschiebung von Deutschen ins Ausland.

Die deutschen Auswanderer sind im Gegensatz zu den griechischen und armenischen Bauern, mit deren Unterbringung der Völkerbund schon einmal befaßt war, zum größten Teil Städter, nach Können und Lebenshaltung nicht ohne weiteres für Ansiedlung und Kolonisierung geeignet. Sie kommen im Gegensatz zu den russischen Emigranten in einer Zeit allgemeiner tiefster wirtschaftlicher Depression in die Fremde. Zudem werden die Juden wegen des auch in manchen anderen Ländern bestehenden Antisemitismus, die „Marxisten“ wegen der mancherorts bestehenden Abneigung gegen den Sozialismus nicht überall unterzubringen sein. Nur ein Teil der Flüchtlinge hat mit Deutschland gebrochen und zieht gern nach Palästina oder würde gern sonstwo sesshaft werden. Der andere hängt an der Heimat und will auf die Möglichkeit zur Rückkehr irgendwo warten. Ihm erscheint es unmöglich, daß Deutschland lange im gegenwärtigen Zustand verharrt. Zu diesen gehören auch viele der sozialdemokratischen Flüchtlinge, die nichts so wünschen, als wieder auf ihrem Heimatboden für ihre Ideen kämpfen zu können.

Die Lösung der dem Flüchtlingskommissar gestellten Aufgabe ist dennoch nur möglich nach den Grundsätzen, nach denen jede moderne Fürsorge zu arbeiten hat, nämlich durch Verhütung der Hilfsbedürftigkeit, Heilung der Hilfsbedürftigkeit und Versorgung derer, die nicht mehr zu heilen sind. Es mag sonderbar klingen, wenn wir zu den Aufgaben des Kommissars auch die der Verhütung der Armut rechnen, denn er sitzt in Genf, sein Arm reicht nicht nach Berlin, wo die Politik der Ausstoßung von Volksgenossen betrieben wird. Aber er wird ohnehin mit der deutschen Regierung verhandeln müssen. Er kann sich auf den Standpunkt stellen, daß er dabei sehr behutsam vorgehen muß, um alles zu vermeiden, was die Haltung der deutschen Regierung gegen Genf versteift. Augenblicklich ist die maßgebende Genfer Bürokratie für Leisetreter. Der Kommissar würde seinem eigenen Werk den allergrößten Dienst erweisen, wenn er vor der Welt und gegenüber der deutschen Regierung gegen ein System Stellung nimmt, das Hunderttausende wegen ihrer Rasse oder Gesinnung mittellos in die Fremde treibt.

Die Auswanderung kann nur aufhören, wenn in Deutschland Boykott und Entzug des Rechts auf Arbeit oder Unterstützung, Diskriminierung, Diffamierung, blutige Verfolgungen und Drohungen mit Gefängnis und Konzentrationslager wegen Äußerung von Gesinnung aufhören.

Je geringer die Auswanderung ist, je eher kann den Ausgewanderten geholfen werden. Die Aufgabe des Kommissars ist ein Werk der Menschlichkeit. Er gibt ihm erst die wahre Würde, wenn er sich nicht darauf beschränkt, den Auswanderern zu helfen, sondern der Anwalt der Menschlichkeit gegenüber den bar-

barischen Methoden des Nationalsozialismus zu sein.

Erfreudlicherweise besteht in allen Kreisen, die mit der Flüchtlingsfürsorge befaßt sind, eine einheitliche Auffassung darüber, daß nur Unterstützung gewährt die schlechteste und auch die teuerste Hilfe ist, es sei denn, daß wegen Alters oder Krankheit des Flüchtlings andere Hilfsmöglichkeiten nicht gegeben sind. Nur Arbeit und Eingliederung in andere Völker kann dem Flüchtling wirklich helfen und die betroffenen Länder und Organisationen auf die Dauer von ihrer Aufgabe befreien.

Bisher ist die Flüchtlingsfürsorge von privaten Organisationen geleistet worden. Man muß dabei unterscheiden zwischen solchen, zu denen sich die Flüchtlinge als zugehörig betrachten, auch wenn sie bisher der entsprechenden Organisation eines anderen Landes angehört haben, wie die Parteien der sozialistischen Internationale und die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen freien Gewerkschaften, die Liga für Menschenrechte, die Rote Hilfe, die jüdischen Gemeinden und Hilfsorganisationen, darunter auch die zionistischen. Dazu kommen dann die Organisationen, die ihre Arbeit als Fürsorgewerk leisten, das sind besonders die Quäker und das Internationale Komitee für die Vermittlung von Intellektuellen mit dem Hauptsitz in Genf und Zweigorganisationen in anderen Ländern. Zwischen beiden stehen in ihrer Art die verschiedenen Akademiker- und Studentenhilfsorganisationen. Die bisher geleistete Arbeit bestand in Unterstützung und Arbeitsvermittlung.

Die sozialistischen Parteien und die freien Gewerkschaften haben bisher etwa eine Million RM. für die deutschen Flüchtlinge ausgegeben

und sie mit Barmitteln oder auch Wohnung, Beköstigung und Bekleidung unterstützt, ihnen zum Teil auch Arbeit vermittelt.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, wenn angenommen wird, der Völkerbund habe dem Kommissar Geld zur Verfügung gestellt. Das ist nicht der Fall, er ist für die Mittelbeschaffung auf private Organisationen und Geldgeber angewiesen. Schon aus diesem Grunde wird er diese Organisationen zur Mitarbeit heranziehen müssen. Er wird mit ihnen einen Plan zur Erschließung von Geldquellen und zur systematischen Verwendung der vorhandenen Mittel aufstellen müssen.

Bisher ist alle Arbeitsvermittlung Einzelarbeit gewesen ohne größeren Plan. Der Kommissar kann als Mittelpunkt der Flüchtlingsfürsorge alle Arbeit planmäßig zusammenfassen. Vor allen Dingen kann er als Völkerbundskommissar mit den Regierungen über die

Aufenthaltsbewilligungen und Paßfragen verhandeln. Für die Arbeitsbeschaffung muß er zunächst Zahl, Alter und Berufsfähigkeiten der Flüchtlinge möglichst genau feststellen. Gleichzeitig wird er die Aufnahmefähigkeit von Palästina, ferner die der übrigen Länder und der Kolonien für Ansiedlung und für die Aufnahme in akademische und freie Berufe ermitteln müssen. Er wird nachzuforschen haben, wo in der Welt Techniker und Facharbeiter ein Unterkommen finden. Man kann sich denken, daß der Kommissar Kolonisierung und Ansiedlung selber durchführen wird, die Palästinafrage den zionistischen Organisationen, die Arbeitsvermittlungen im einzelnen anderen Hilfsorganisationen überläßt. Er selbst wird mit der deutschen Regierung verhandeln müssen wegen Freigabe der Vermögen, die die Flüchtlinge in Deutschland zurückgelassen haben.

Dabei wird der Kommissar nicht vergessen dürfen, daß

das Vermögen der ausgewanderten Arbeiter und Angestellten

nicht in Kapitalien besteht, höchstens hat der eine und der andere ein Sparkassenbuch bei der kommunalen Sparkasse oder dem Konsumverein. Diese kleinen Kapitalien dürfen ebenso wenig vernachlässigt werden, wie die größeren. Der Kommissar muß wissen, daß die eigentlichen Sparguthaben dieser Menschen ihre Ansprüche an die Sozialversicherung, bei den früheren Angestellten von Partei und Gewerkschaften ihre Ansprüche daneben auch an die Unterstützungsvereine für die Arbeiter und Angestellten der modernen Arbeiterbewegung sind. Zum Teil werden auch Ansprüche an die Konsumvereine vorliegen.

Dem Kommissar ist eine Aufgabe gestellt, die Liebe zum Menschen und zur Menschheit erfordert, echte internationale und humane Gesinnung. Sind er und die Welt zu ihr fähig, dann wird aus dem Flüchtlingswerk auch Hilfe entstehen können für alle die Menschen, die in Deutschland körperlich und seelisch leiden, weil sie dort hungern müssen und verfolgt werden.

Sie raufen um die Beute Die Geschäfte des Oberpräsidenten Koch

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Die gleichgeschaltete „Frankfurter Zeitung“ brachte kürzlich (am 19. Nov.) eine begeisterte Schilderung ihres Berliner Korrespondenten R. K. aus Königsberg. Da konnte man lesen, daß sich in der nationalsozialistischen Bewegung unter Führung des ostpreußischen Gauleiters Koch geradezu eine „Königsberger Richtung“ herausbilde, die weitschauende Ostpolitik zu treiben beginne: Mit starker Industrialisierung der Provinz und allerdings weniger energischer Siedlungspolitik richte sich Ostpreußen darauf ein, die deutsche Brücke nach Osteuropa zu bilden, mit dessen slavischen Völkern, Russen und Polen, die Deutschen um ihrer Zukunftsaussichten willen sich gut stellen müßten.

Der Lobgesang auf Koch und „seine“ Ideen hat in Ostpreußen nur stille Heiterkeit ausgelöst. Hier kennt man den „Sieger der ostpreußischen Arbeitsschlacht“ aus der Nähe besser und kennt auch seine Methoden, für sich selbst Reklame zu machen — damit hinter der Reklame seine Bereicherungsmethoden verschwinden.

Hier sind die aus der Statistik fort eskamotierten Arbeitslosen — auch die nationalsozialistischen — noch sehr sichtbar, und der Gauleiter und Oberpräsident, Staatsrat und Reichstagsabgeordneter **Erich Koch, ursprünglich ein herausgeschmissener Eisenbahnassistent aus Elberfeld, erirrt sich keineswegs großer Beliebtheit, am wenigsten bei der SA., die in offenem Gegensatz zur Gauleitung der Partei steht.**

Die Konflikte innerhalb des Nationalsozialismus in Ostpreußen und seiner Hauptstadt sind gerade in diesen Tagen wieder einmal an die breiteste Öffentlichkeit gekommen, so daß die Feststellung einer „Königsberger Richtung“ wie Hohn wirkt.

Koch hatte einen nationalsozialistischen Assessor namens Dr. Bethke zum Präsi-

den der ostpreußischen Landwirtschaftskammer gemacht. Als er selber Oberpräsident wurde, machte er denselben Bethke auch noch zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums, also zu seinem Stellvertreter in den staatlichen Beamtenfunktionen. Aber das Doppelverdiensttum des so schnell avancierten Assessors dauerte nicht lange. Der Reichsbauernführer und Ernährungsminister Darré (der einmal ein kleiner Angestellter der Königsberger Landwirtschaftskammer war, aber bald wegen völliger Unfähigkeit entlassen wurde), schaltete die Kammern nochmals um und ernannte den Nazi-Bauernführer Otto-Rosenau zum Führer der umgeformten Kammer.

Als der Kammerpräsident Bethke seines Amtes so entboden werden sollte, ließ er als Vizepräsident Bethke den Rivalen kurzerhand verhaften, und Göring selbst mußte aus Berlin geflogen kommen, um Bethke zur Freigabe seines Gefangenen zu bewegen!

Schon vorher hatte es zwischen Landwirtschaft und Gauleitung der NSDAP, schwere Konflikte gegeben. P. G. Bethke hatte die Zeitung der Landwirtschaftskammer, „Georgine“, nicht mehr bei der deutschnationalen Zeitungsdruckerei drucken lassen, sondern den Druck an die der Nazis vergeben, bei der Gauleiter Koch — Teilhaber ist. Wie er Teilhaber wurde, und wie die Gründung der Nazizeitung erfolgte, ist wieder eine andere schmutzige Geschichte. Das hatte viel böses Blut gemacht, und der damals noch nicht ausgeschaltete Landwirtschaftsverband hatte als Konkurrenzunternehmen gegen die „Georgine“ ein neues Organ, „Dahlie“, aufgemacht.

Jetzt kam der Gegenschlag gegen Kochs Geschäftspraktiken, und er kam offenbar unerwartet: Der Landesbauernführer Otto stellte die vordem deutschnationale „Ostpreußische Zeitung“, das alte Agrarierblatt, auf nationalsozialistischen Kurs um und erklärte es zur amtlichen Tageszeitung der

Landesbauernschaft! Die erste Nummer unter der neuen Flagge brachte Glückwunsch- und Geleitworte von Minister Darré, Staatssekretär Willkens, dem Bauernführer Meinberg, dem obersten SA.-Führer Ostpreußens, Kob, dem höchsten SS.-Führer der Provinz, Lorenz, der es besonders begrüßt, daß ein eigenes Organ für die gemeinsamen Interessen der ostpreußischen SA. und der Bauernschaft geschaffen würde!

Am nächsten Tage bereits kam eine geharnischte Erklärung der wutschauenden Gauleitung heraus, wonach die „Ostpreußische Zeitung“

„ohne die Genehmigung des für die Provinz Ostpreußen politisch allein verantwortlichen Gauleiters im nationalsozialistischen Gewand erschienen“

wäre, aber durchaus kein amtliches Organ wäre. Noch energischer schrieb dann Koch in seinem — diesmal ist es wirklich sein — Blatt,

„daß die als amtliches nationalsozialistisches Nachrichtenblatt getarnte „Ostpreußische Zeitung“, die ohne mein Wissen in neuer Form erschienen ist, nichts, aber auch gar nichts mit der NSDAP, Gau Ostpreußen, zu tun hat. Ich rücke hiermit in aller Oeffentlichkeit und für immer sowohl von diesem Presseergebnis als von der Art und Weise seines Kampfes auf das entschiedenste ab. Ich warne heute und für alle Zukunft jeden vor dem Versuch, die einheitliche, vom Führer angeordnete politische Linie zu durchkreuzen oder durch „Vertretung von besonderen Standpunkten abzubiegen.“

Besonders war es Herr Koch an die Nieren gegangen, daß die neue Nazizeitung betont hatte, es solle „weder blinde Unterwerfung, noch unwürdige Kriecherei“ mehr vorherrschen und das Blatt werde

„auch dort pflichtgemäß offene Kritik üben, wo wir den verantwortlichen Stellen Fehler und Mißgriffe zu zeigen verpflichtet sind.“

In diesem lebenswürdigen Kampf der neuen „Führer“ untereinander ist nun Herr Koch von oben her unsanft fallen gelassen worden. Darré ist auf Seiten der Rebellen gegen Kochs Allmacht, und der Pressechef des Reichsernährungsministeriums erklärt jetzt offen gegen Koch:

„Hiermit erkläre ich, daß ich die Uebernahme der „Ostpreußischen Zeitung“ durch die Landesbauernschaft begrüße... Es ist zu begrüßen, daß nun auch in Ostpreußen eine Bauernzeitung besteht... Der Charakter einer Tageszeitung wird von den Männern bestimmt, die hinter der Zeitung stehen und die der Zeitung ihr Gepräge und ihr Gesicht geben. Die „Ostpreußische Zeitung“ ist nicht das Eigentum einer Clique oder einer Einzelpersonlichkeit, sondern Eigentum des im Reichsnährstand geeinten ostpreußischen Bauerntums.“

Die letzten Sätze zielen ganz unmißverständlich gegen Koch persönlich, der mit zwei früheren Viehhändlern namens Kaspeleit, Inhaber des nationalsozialistischen Zeitungsverlages ist und schon früher stets betont hatte: „Meine Redakteure schreiben, was ich bestimme!“ Der Herr Oberpräsident fühlte sein privates Nebeneinkommen aus „seiner“ Zeitung bedroht — daher der Konflikt.

Man täte den Herren zu viel Ehre an, wenn man hinter ihren Gegensätzen nach marxistischer Methode wirtschaftliche und soziale Interessenkämpfe suchen wollte. Die spielen nur zum kleinsten Teil hinein. In der Hauptsache sind es die Rivalitäten der siegreichen Landsknechtführer, die sich hier zufällig einmal deutlich und öffentlich zeigen, während sie in hundert ähnlichen Fällen hinter den Kulissen ausgetragen werden.

In Ostpreußen wird dieser Kampf der Nazis untereinander mit großer Aufmerksamkeit von Freund und Feind verfolgt. Wir zweifeln nicht, daß sich all das eines Tages auswirken wird. Wir warten auf den Tag.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Granpla“, Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Zahnarzt S. APATCHEWSKY Erstklassige Ausführung — Spricht deutsch und englisch 24. Av. Friedeland Paris (8e) Fernsprecher: Carnot 38-15 — Métro: Etoile	Zahnarzt Erstklassige Ausführung Sprechstunde nachmittags Spricht deutsch 30, rue Doudeauville Paris (18e) Métro (Untergrundbahn): Château-Rouge
---	---

Werbt für den Neuen Vorwärts!	„Haus der Kinder“ (Montessori - System) Prag II., Urania, Klimentská 4. Kleinkinderbeschäftigung und französische Kindersprachercles. Anfragen 9—12
--------------------------------------	--

Die Schule als Kaserne

Nationalsozialistischer Mißbrauch der Jugend

Dem grundlegenden Gesetz zur Neuordnung des Schulwesens im Hitler-Reiche vom 25. April 1933 wird, wie es im nationalsozialistischen Regime schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist, eine hochtrabende Begründung beigegeben. Dort heißt es: „der deutsche Schulaufbau bedarf einer Neubegründung und Neugliederung. Falsche Bildungsvorschriften haben die Schule von ihrer Aufgabe, dem Volke zu dienen, entfernt und sie zum Selbstzweck für die reine Bildung der freien Einzelpersonlichkeit gemacht. Die Schulen und Hochschulen entsprechen in der Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten nicht mehr den Forderungen, die im Interesse einer gesunden Lebensordnung und Arbeitsgliederung des Volkes zu stellen sind.“

Der einleitende Satz dieser Begründung könnte von einem Marxisten geschrieben sein. Wir waren längst überzeugt, daß die sozialpädagogische Umstellung des gesamten Schulwesens eine geschichtlich notwendige Aufgabe ist, und wir Sozialisten haben dementsprechend auch überall den Versuch gemacht, das Bildungsprivileg der Besitzenden zu brechen und das Schul- und Erziehungswesen organisatorisch, methodisch und stofflich nach dem sachlichen und sozialen Bedürfnis der Gesellschaft umzustellen.

Acht Monate wird das Schulwesen in Deutschland ausschließlich von den Nationalsozialisten beherrscht. Was ist auf sozialpädagogischem Gebiete von ihnen vollbracht worden? Das Ergebnis ist rein negativ. Nirgendwo sind soziale Aufbaumaßnahmen fortgesetzt oder eingeleitet worden.

Überall ist zwangswise Abbau, Rückveridierung auf Zustände, wie sie seit Jahrzehnten nicht mehr bekannt sind.

Zwar werden allerhand Einweihungsfeiern von neuen Führerschulen, von Flugschulen und ähnlichen Dingen gemeldet, aber wenn man der Sache auf den Grund geht, so sind neu eingeweihte Schulgebäude meistens solche, die von Marxisten gebaut, ihren bisherigen Zwecken als Berufsschulen oder höhere Schulen entzogen werden, um nunmehr den engsten Parteizwecken und dem militaristischen Drill zu dienen. Denn das scheint die neue Lebensordnung zu sein, für die die Schule in Deutschland jetzt zu erziehen hat.

„Noch niemals ist es so schlimm gewesen wie jetzt“, so klagt eine Mutter, die Inhaberin eines kleinen Papiergeschäfts. Die Kinder haben überhaupt keinen richtigen Unterricht mehr. Plötzlich kommt von irgend einer Stelle die Verfügung, daß man zum Geländespiel abrücken soll. Dann zieht die ganze Klasse, manchmal die ganze Schule, hinaus aufs Feld und denken Sie“, so fährt die Frau in wirklicher Entrüstung fort, „da müssen dann schon die ganz Kleinen Handgranatenwerfen lernen

oder Gasschutzübungen machen. Und wenn sie abends manchmal spät nachhause kommen, dann haben sie zwar keine Schule gehabt, aber die Augenlider sind gerötet und die Gemüter sind natürlich aufgeregt durch diese andauernde Kriegs- und Kampfbetriebe.“ Eine andere Mutter beklagt sich, daß die Kinder dauernd in sogenannte patriotische Filme geschickt werden. In einer Klasse sind in einem ganzen Halbjahr nur drei Mathematikstunden gegeben worden, denn fast regelmäßig mußte die Klasse auf höheren Befehl den Hitlerjungen Oex, den Fridericus Rex oder ähnliche Filme sich ansehen.

Natürlich fehlt es in diesen stets von außen in Unruhe gebrachten Schulen vollkommen an Arbeits- und Lebensordnung. Die Lehrer klagen darüber, daß sie weder einen Lehrplan richtig durchführen können, noch daß die Kinder irgendwelche Achtung vor ihnen haben.

Alle Schulkinder müssen organisiert sein, natürlich nicht die Juden. Das Normale ist die Zugehörigkeit zum Jungvolk der Hitlerjugend, die äußerlich dadurch zur Schau getragen wird, daß man eine Armbinde mit dem Hakenkreuz auch in der Schule trägt. Die Tatkräftigsten unter ihnen, und sogar schon die unter 10 Jahren, tragen zur besonderen Erziehung zur Friedfertigkeit und als Ausdruck ihrer humanen Gesinnung

das Dolchmesser mit der Inschrift „Blut und Ehre“.

Wer seine Kinder nicht in diese Hitlerbarbarei hineinschicken will, der organisiert

sie in dem Verein für das Deutschtum im Auslande. Das ist zwar kein vollgültiger Ersatz, aber es ist wenigstens eine Ausflucht, wie es in diesem Lande der „echten Freiheit“ ja so viele Ausflüchte gibt.

Aber ein echtes Hitlerkind, so klagen selbst die nationalsozialistischen Lehrer, hat kein Interesse für die Schule, gehorcht nicht dem Lehrer, sondern nur dem Führer. „Mein Führer hat mich heute um 11 Uhr bestellt, ich werde jetzt fortgehen“, so hört man es 100fach in den Schulen und es wagt kein Lehrer etwas dagegen zu tun, sonst hat er den sattsam bekannten Besuch der SA zu erwarten.

Die Klassen sind überfüllt, es fehlt an Lehrern. Der Mangel ist so stark, daß man einen

daß sie bei diesem Hetzbetrieb des militärischen Drills und der Paraden der Schulkinder, überhaupt keinen Einfluß mehr auf ihre Kinder haben. Wenn der Führer eine Übung angesetzt hat, dann verschwinden die Kinder. Sie fragen nicht danach, ob sie die Hausordnung stören, oder ob die Eltern ihre Zustimmung geben, sie fragen überhaupt nicht, und die Eltern können kaum wagen, ihr Veto einzulegen, selbst wenn die Kinder, wie es oft geschieht, erst mitten in der Nacht heimkehren.

Und das erstreckt sich nicht nur auf die Jungen, dieser Geist beherrscht auch die Mädchen. Neulich erzählte ein 12jähriges Hitlermädchen seiner jüdischen Kameradin — denn trotz aller Hetze lassen sich alte, seit

gang, der sich seinerzeit in Thüringen abspielte, als Herr Frick thüringischer Kultusminister wurde. Damals wurde in Thüringen die Berufsschulpflicht verringert und die Berufsmittelschule völlig aufgehoben.

Wozu braucht man noch in Hitlerdeutschland Berufsschulen? Nationalsozialistische Jugendschulen, Hitlerkasernen und schließlich Arbeitslager, das genügt schon zum Strammstehen, Heil-Hitler-schreien und zur Arbeitsklaverei.

Einstmals dachte man allerdings anders. Im Jahre 1928 führte Kerschensteiner in der Gesellschaft für soziale Reform folgendes aus:

„Die Größe der Umwälzung im wirtschaftlichen, sozialen und staatsbürgerlichen Leben drängt zu einer Erweiterung der Schulpflicht. Je mehr die Lebensarbeit auf allen Gebieten technische, geistige wie moralische Ansprüche stellt, je mehr die politische Verfassung Verantwortung auf jeden einzelnen Bürger legt — desto unverantwortlicher ist es, den Jugendlichen ohne jeden, oder nur mit einem kümmerlichen Schutz dem Chaos der Lebensgemeinschaft gerade in jenen Jahren zu überlassen, in denen er im stärksten Gärungsprozeß steht, in denen die Autonomie des Charakters sich einzustellen beginnt.“

Die Gesellschaft für soziale Reform ist aufgelöst, Verantwortung ist auf den einzelnen Bürger nicht mehr gelegt, er hat einfach der Autorität, die von oben kommt, zu parieren, und der große Pädagoge Kerschensteiner ist zu seinem Glücke tot. Sonst wäre er schon längst in Dachau.

Erlebtes aus Berlin

Aus Berlin wird uns eine Episode berichtet, die scheinwerferartig den Geist des „neuen Deutschland“ beleuchtet.

Ein Ehepaar, das sich noch nicht gleichgeschaltet hat und der immerhin gemäßigeren Stahlhelm-Richtung treu geblieben ist, hat einen achtjährigen Sohn, der aber schon „im weltanschaulichen Gegensatz“ zu seinen Eltern steht und der Hitler-Jugend angehört. Dieser hoffnungsvolle Junge Deutsche pflegte bisher immer mit einem gleichaltrigen jüdischen Knaben zu spielen. Kürzlich aber kam die Mutter gerade hinzu, wie ihr heldisches Söhnchen diesen bisherigen jüdischen Spielgefährten in der unflätigsten Weise beschimpfte und ihm zum Schluß erklärte, nicht mehr mit ihm zu spielen, weil er ein „Judenschwein“ sei. Die Mutter war darüber sehr empört und machte ihrem Sprößling energisch Vorhaltungen und sagte zum Schluß: „Dieses häßliche Wort darfst Du auf keinen Fall mehr gebrauchen. Der Junge ist genau so ein Mensch wie wir alle und außerdem ist es ein sehr anständiges Kind!“

Worauf ihr der vom „neuen deutschen Geist“ erfüllte achtjährige Sohn die Drohung zurief: „Mutter, wenn Du das noch einmal sagst, meide ich Dich!“

»Marsch weg, Jüdin!«

Gräfin Storza, Außenminister im vormussolinischen Italien, erzählt im „Journal des Nations“:

„Eine meiner Cousinen verbrachte diesen Sommer auf einem Schlosse in Württemberg. Wegen ihres gräßlichen Titels und weil sie auf dem Schlosse zu Gast war hegte man gegen sie keinen Verdacht. Sie konnte die Schulen besuchen, für die sie sich interessierte. Da erlebte sie folgendes: In der Vormittagspause zogen die Kinder an der Türe der Schulkantine vorbei, wo man ihnen eine Tasse Milch und ein Stück Brot verabreichte. Die kleinen Mädchen warteten, bis sie an die Reihe kamen. Aber immer, wenn ein jüdisches Mädchen an die Reihe kam, schrie es die Direktorin, welche in der Hand die Tasse mit Milch hielt, an: „Marsch weg, Jüdin! Die nächste bitte...“ Diese Szene wiederholte sich täglich. Man ersparte es den kleinen jüdischen Kindern nicht, in der Reihe zu stehen. Man ersparte es ihnen nicht, die Hand nach der Tasse auszustrecken... Die christlichen Kinder mußten täglich Zeugen dieser Szene sein, damit sie lernten, wie man ein jüdisches Kind behandelt, das Hunger hat und essen will.“



Der erste Tote im Reichstagsprozeß

Teil der bereits beurlaubten marxistischen Lehrer vorläufig wieder eingestellt hat. In den von verwildeter Jugend überfüllten Klassenräumen können die Lehrer natürlich keine Disziplin halten. So greifen sie, wie es Herr Rust, der preußische Kultusminister, ihnen empfohlen hat, zum Rohrstock.

„Es wird wieder furchtbar viel in den Schulen geschlagen“,

das ist der Ausspruch eines Lehrers, der die Schulen aus eigener Erfahrung kennt und der auch über die allgemeine Stimmung aus pädagogischen Konferenzen unterrichtet ist.

Und die Eltern? Die Nazis spielten sich als die Retter der Familie auf, die angeblich von den Marxisten verbrecherisch zerstört würde. Wir haben eine Reihe von Eltern gesprochen, keineswegs Marxisten, sondern Leute aus den Mittelstandskreisen. Sie klagen alle darüber,

Jahren gehegte Freundschaftsgefühle nicht gänzlich unterdrücken — „es ist doch jammerschade, daß Du nicht dabei warst, es war doch gestern so schön, wie wir den ganzen Tag

eine richtige Kommunistenhetze machen konnten.“ — Mädchenerziehung im Hitlerdeutschland!

Wir wissen aus den Stimmungen der Lehrer, daß die große Begeisterung, mit der so viele von ihnen Nationalsozialisten geworden sind, längst verfliegen ist. Noch wagen die meisten das kaum zu sagen. Aber doch gelegentlich, wenn sie ganz unter sich sind, dann seufzt der eine und der andere brummt ein, „so geht es nicht weiter!“

Noch eine Weile wird es gehen, aber dann wird der Zusammenbruch jedem klar werden. Kurt Falb.

Abbau der Berufsschule

Der Ausbau des Berufsschulwesens gehört zu den verdienstvollsten Leistungen der sozialistischen Schulpolitik der Nachkriegszeit. Aus der dürftigen Fortbildungsschule entstand ein fachlich außerordentlich weitgehend gegliedertes System des Berufsschulwesens. Erreichten wir es doch in Berlin, daß mehr als 75 Prozent aller Schulentlassenen durch die Berufsschule erfaßt wurden. Auch diese Entwicklung findet durch die Naziregierung eine läche Unterbrechung. Schon immer waren die Handwerkskammern Gegner der Berufsschulen, entzogen sie doch die Lehrlinge sechs Stunden der Ausbeutung durch den Meister.

Es war ganz selbstverständlich, daß der Widerstand gegen die Berufsschule jetzt verstärkt einsetzen würde. Eine Reihe von Handwerkskammern haben bereits Resolutionen beschlossen und Vorstellungen erhoben. In Regierungskreisen berät man, wie man den „berechtigten“ Forderungen des Mittelstandes entgegenkommen könne. Inzwischen aber setzt bereits der stille Boykott ein, und in manchen Gegenden Deutschlands schicken die Meister ihre Lehrlinge überhaupt nicht mehr in die Berufsschule. Diese reaktionären Herrschaften wissen ganz genau, daß ihnen von der Naziregierung keine Schwierigkeiten gemacht werden. Sie kennen den Vor-

Das Denken verboten

Der Feierabend wird gleichgeschaltet

Der totale Staat — das ist die totale Vergewaltigung des einzelnen. Es ist die Arbeiterklasse, die das Objekt des totalen Staates ist, Ihre Sklaverei ist erschütternd und unvorstellbar für alle, die in Freiheit leben, sie ist um so drückender, als die deutsche Arbeiterklasse die Erinnerung der Freiheit hat.

Man hat den Arbeitern ihre selbständige Bewegung, ihre Organisation geraubt, man hat ihnen vorgeschrieben, welche politische Ueberzeugung sie nach außen zeigen dürfen, man möchte ihnen diktieren, was sie zu denken haben.

Hier hat der totale Staat eine Lücke: er kann noch nicht kontrollieren, was einer im geheimen denkt, er kann noch nicht mit Sicherheit das Denken des Unterdrückten in bestimmte Richtung lenken. Noch nicht!

Aber der Anschlag auf das Denken des Arbeiters ist schon im Gange. Kann man ihm das Denken nicht verbieten, so kann man ihm vielleicht die Zeit zum Denken nehmen. Dieser Anschlag gegen die Arbeiterschaft nennt sich Freizeitgestaltung, er soll durchgeführt werden mit Hilfe der sogenannten Arbeitsfront des Ley. Eine neue Organisation soll gebildet werden, die den Namen „Nach der Arbeit“ tragen soll. Man will sie finanzieren aus den Mitteln der Arbeitsfront, das heißt mit Arbeitergroschen. Das Vorbild ist die faschistische Freizeitorganisation „Dopolavoro“ (Nach der Arbeit), das Ziel ist die Vervollkommnung der Zähmung und Dressur der Arbeiterschaft.

Für den totalen Staat und den Machtwahn der Nationalsozialisten sind die Arbeiter nicht Menschen mit Persönlichkeitsrecht, sondern intelligente dressierbare Tiere. Man hat sie in Zwangsversammlungen gepreßt, man führt sie unter terroristischem Zwang zu Demonstrationen und zur Wahlurne, man unterdrückt jede freie Zusammenkunft — aber das alles genügt den Domppteuren noch nicht.

Immer noch können die Arbeiter und Angestellten nach der Arbeit mit ihren Familienangehörigen und Freunden reden, immer noch haben sie Zeit und Gelegenheit, sich selbst Gedanken zu machen. Aber sie sollen nicht denken, denn Nachdenken ist schädlich für das System, Nachdenken kann revolutionäre Wirkungen haben!

Das beste Mittel, sie vom Denken abzuhalten, wäre es, sie arbeiten zu lassen vom Erwachen bis zum Einschlafen — aber die physiologische und arbeitstechnische Unmöglichkeit dieser Methode haben die Kapitalisten allmählich begriffen. Die Zeit, die der Arbeiter zum Nachdenken und zum Kampf für seine Befreiung verwenden könnte, soll deshalb mit einer Art Schlaf im Wachen ausgefüllt wer-

den. Das ist der Sinn der kapitalistischen Freizeitgestaltung!

Dieser Anschlag gegen die Denkfreiheit der Arbeiterschaft will sich eine kulturelle erzieherische Maske vorbinden. Es ist blutiger Hohn, daß dieses System der Barbarei und des Rückschritts sich stellt, als ob es der Arbeiterschaft auf kulturellem Gebiete etwas zu geben hätte! Es hat die Kunst zur Dirne des faschistischen Machtwahnes gemacht, es hat alle freien und aufrechten Künstler verjagt, es hat das deutsche Theater zerstört. Nicht um Kultur geht es dem System, sondern um die Dressur der Arbeiterschaft für faschistische Zwecke.

Die Hauptsache ist — so verlaublich der Gefangenenerwartung der deutschen Arbeiterschaft Ley — die „körperliche Erfrischung“. Warum wird nicht gleich gesagt: der Wehrsport? Nach Feierabend soll aus dem arbeitenden Deutschland das Deutschland der Arbeitsdienstlager und der Konzentrationslager werden. In den Lagern hinter dem Stacheldraht sorgen die Gefangenenerwartung bereits für die Freizeitgestaltung im Geiste des Systems — künftig soll ihre Praxis auf die gesamte deutsche Arbeiterschaft übertragen werden. Es sind schließlich dieselben Burschen, die die Freizeit der

Gefangenen des Systems und der sogenannten freien Arbeiter „gestalten“!

Was unterscheidet die sogenannten freien Arbeiter noch von ihren Kameraden in den Konzentrationslagern? Nur die Illusion, daß sie noch nicht Gefangene seien und die Tatsache, daß noch nicht die Prügelstrafe für sie eingeführt ist! Deutschland ist ein einziges großes Konzentrationslager für Arbeiter. Mancher sieht den Stacheldraht nur nicht, weil er nicht nahe, sondern an der Grenze steht.

Diese neue Leysche Organisation ist nach dem Herzen der Kapitalisten. Ihr Ziel ist die Verinstrumentalisierung der Arbeiter. Die Psychologen und Psychotechniker des Großkapitals werden die nationalsozialistischen Dressuren der Arbeiterschaft sachverständig beraten, welche Form von Sport, von Exerzieren, von läppischer Zerstreuung am sichersten vom Denken abhält, und dafür die Arbeitsleistung für den Profit am günstigsten beeinflusst. Sie werden es schon zuwege bringen, daß die mechanischste und geistloseste Arbeit noch als geistige Erholung nach der Dressur der Freizeitgestaltung erscheint. Um so besser dann für die Kapitalisten!

Jetzt wird die freie Zeit der Arbeiter gleichgeschaltet — soweit sie es noch

Kirschwasserfahrt

Bonzenleben im 3. Reich.

Vor uns liegt folgendes Dokument, für dessen Echtheit wir uns verbürgen:

Verzeichnis der Spender

von Kirschwasser etc. für die Tagung der Amtswalter der NSDAP. in Baden-Baden am 6. Oktober 1933 mit anschließender Rundfahrt durch den Schwarzwald.

- | | |
|---|--|
| 1. Bad Rippoldsau, Akt.-Ges. | 1 Flasche Kirschwasser |
| 2. Bühlertal, Gemeinderat Gegenbach | 2 Pfund Bauernspeck |
| | 20 Fläschchen Zwetschgenwasser |
| 3. Städtisches Verkehrsamt | 10 Reiseflaschen Kirschwasser |
| 4. Gernsbach Murgtal, Verkehrsverein | 2 Flaschen Kirschwasser |
| 5. Gutach-Schwarzwaldbahn, Verkehrsverein | 2-3 Flaschen Kirschwasser |
| 6. Haslach-Kinzigtal, Stadtgemeinde | 3 Flaschen Kirschwasser |
| 7. Hornisgrünbe, Rasthaus A. Springmann | 2 Flaschen Himbeergeist |
| 8. Hundseck, Kurhaus, Hammer & Maushard | 2 Flaschen Kirschwasser |
| 9. Karlsruhe, Kammerkirsch A.-G. | 3 Flaschen Kammerkirsch 550 Vol. % |
| 10. Karlsruhe-Grünwinkel, Sinner A.-G. | 4 Flaschen Kirschwasser |
| 11. Konstanz a. B., Stadtverwaltung | 400 Weinproben aus der Konstanzer Spitalkellerei |
| 12. Mummelsee, Hotel Mummelsee, K. Bürk | 2 Flaschen Kirschwasser |
| 13. Nordrach, Bürgermeisteramt | 7/2 Flaschen Kirschwasser |
| 14. Ottenhöfen, Verkehrs- u. Verschönerungsverein | 5 Flaschen Kirschwasser, bezw. Himbeergeist |
| 15. Plättig, Kurhaus, K. Hablich & Söhne | 2 Flaschen Kirschwasser |
| 16. Rastatt, Bürgermeisteramt | 1 Flasche Kirschwasser |
| 17. Ruhstein, Hotel u. Kurhaus, Gebr. Klumpp | 4 Flaschen Kirschwasser |
| 18. Unterstmatt, Kurhaus, Klumpp u. Reymann | 2 Flaschen Kirschwasser |
| 19. Waldum, Bürgermeisteramt | 2 Flaschen Kirschwasser |
| 20. Zell am Harmersbach, Bürgermeisteramt | 2 Flaschen Kirschwasser |

Amtswalter heißen die nationalsozialistischen Parteifunktionäre, die sogenannten „braunen Bonzen“. Die Sieges- und anderen Rausche, in denen sie schweigen, lassen einen Katzenjammer ahnen, der fürchterlich sein wird!

Heimat

Von Gregor.

Er saß in einem kleinen Café und starrte in den grauen Rauch einer billigen Zigarre. Um die Tische hockten Leute, die sich zu Hause fühlten. An den gleichmäßigen Mienen, mit denen alle ringsum in ihren Zeitungen versanken, merkte er, wie fremd er hier war. Schaute er in die Blätter, so suchte er Deutschland, las einige Berichte und schob das Papier wieder zur Seite. Immer kam dasselbe Gefühl von Schmerz und Sehnsucht hoch. Was sollte er hier im fremden Land? Warten auf irgend etwas, das nicht kam?

Als er vor Monaten über die Grenze ging, weil ihn daheim braune Horden mißhandelt hatten, atmete er auf. Frei! Endlich einmal keine Landsknechtsuniformen mehr ringsum, kein Abzeichenrummel — richtige normale Menschen auf der Straße. . . . Nichts von diesem Neugefühl war geblieben, nichts als dumpfe Sehnsucht. Da im Norden waren Wälder, die er kannte, Flüsse, in denen er geschwommen, Menschen, die er liebte, die seine Sprache verstanden, Häuser, in denen er gelebt, Heimat. . . .

Er griff zum Hut und ging. Draußen umspielte ihn lautes, abendliches Großstadtgewühl. Harte, fremde Sprache schlug an sein Ohr. Das hatte ihm einmal wohlgetan — jetzt schien es ihm ferner denn je. Was sollte er hier? Worauf wartete er? Alles schien ihm so leer, so zwecklos, so eintönig, trotz des Ge-

triebes ringsum. In der Seele, oder wir man dies unbestimmbare Stück Leben in der Brust nennt, spürte er ein feines klingendes, schmerzhaftes Nagen, wie er es bisher so nur zweimal in seinem Leben empfunden.

Damals, in seiner Jugend, als er die Welt durchstreifte, Jahrelang. Ein deutscher Handwerksbursche, Maschinenbauer. Schweiz, die Mosel, den Rhein hinauf, Norddeutschland, Dänemark. . . . Dann war es über ihn gekommen. Er wanderte heim, fand die Wälder wieder, wie ehemals, den Strom seiner Kindheit, die Freunde. Manch Gesicht hatte sich verändert, die Heimat war geblieben. Er lernte zeichnen, wurde Techniker.

Und dann im Kriege. An drei Fronten hatte er gestanden. Zweimal verwundet. Zuletzt, das Schwerste, in Frankreich. Immer dünner wurden die Linien. Was noch stand, war grau, müde, verfallen. Man blieb stehen, weil es wohl so sein mußte. Aber jede Nacht kehrte dieses schmerzhaft Nagen stärker und stärker wieder. Nach Hause. Der Friede kam wie ein dumpfes Wunder, das keiner ganz fassen konnte. . . . Wieder nahm ihn die Heimat auf. Menschen waren gestorben, verdorben, aber man war daheim, kannte die Straßen, atmete die Luft der Kindheit. Langsam fielen milde Schleier über die Schwere des Gewesenen. . . .

Heim! Was sollte ihn hindern? Nichts hatte er verbrochen. Er war Sozialist, wie Millionen drüben. Man konnte ihn nicht fressen. Die braunen Aufzüge, den Hakenkreuzklammer — daran würde man sich gewöhnen. Millionen mußten es aushalten. Dort grüntes Wiesen, die er kannte,

mit Teichen, in denen er als Knabe gewatet. Dort waren Kameraden von ehemals. Er hielt dieses Herumhocken im fremden Lande nicht mehr aus. Ein paar hundert Mark waren ihm geblieben — er brauchte daheim noch nicht zu betteln.

Noch am selben Abend packte er seine Sachen.

Als er gen Norden fuhr, war ihm leichter, freier, das innere Nagen verschwand. Vor der Grenze stieg er aus, wartete die Dunkelheit ab, ging dann auf Wiesen, die er im Mai schon einmal überquert hatte, hinüber ins Deutsche. Iet bis zur nächsten Bahnstation und fuhr nachtschlafend in bekanntes Land. Wohin? Ach, es kam nicht darauf an. Seine Frau war gestorben, die Tochter lebte im Rheinland. Warum sollte er sie behelligen, beunruhigen, mit seiner Vergangenheit gefährden?

In der Stadt, da er zuletzt gearbeitet hatte, stieg er aus.

Eine Woche später hockte er in der Mansarde des alten Schuhmachers, seines früheren Logiswirtes, starrte wiederum in die Ringel einer billigen Zigarre und frug sich, was er hier wollte. Der Direktor jener Werkzeugfabrik, in der er zwei Jahre gearbeitet, erklärte ihm: er bedauere sehr. . . . Aufträge lägen zwar vor. . . . tüchtig sei er auch in seinem Fach. . . . aber Marxisten einzustellen sei verboten er bedauere sehr. . . . Alte Kollegen, die er aufsuchte, waren merkwürdig einsilbig geworden, keiner wollte recht mit der Sprache heraus. Politischen Fragen wichen sie mit

nicht ist — außerdem sollen sie noch dafür bezahlen. Wenn das System könnte, würde es noch ihr Träume kontrollieren und gleichschalten.

Wozu und für wen „Freizeitgestaltung? Nicht für die Arbeiter, sondern für die Zwecke ihrer Sklavenhalter! Das Ziel ist die Züchtung einer in ihrem Willen gebrochenen, in ihrem Denken abgelenkten und korrumpierten Arbeitermasse, die in der Hand des Systems ein willenloses Instrument sein soll — Kanonenfutter für den nächsten Krieg!

Max Klinger.

Der Festanzug

Wir haben in unserer letzten Nummer den Erlaß der Deutschen Arbeitsfront veröffentlicht, der es verbietet, über Lohnerhöhungen zu reden. Dieser Erlaß wird wirkungsvoll ergänzt durch eine neue Anschauung des Ley über den Festanzug des deutschen Arbeiters. Jedes Mitglied der Arbeitsfront muß sich für deren Veranstaltungen einen Festanzug anschaffen: blauer, zweireihiger Rock, blaue lange Hose, blaue Tellerärmel mit Schirm mit eingestickter Kokarde der Arbeitsfront, weißes Oberhemd und Kragen, schwarzer Selbstbinder und schwarze Schuhe.

Statt der versprochenen Lohnerhöhungen gibt es einen Festanzug! Natürlich nicht geschenkt; die Arbeiter müssen ihn selber bezahlen, so wie sie ihre Beiträge zur Arbeitsfront, ihre Winterhilfsspenden bezahlen müssen.

Die Herren erfinden, und die Arbeiter haben zu bezahlen. Der „Festanzug“ wird das Zuchthauskleid des Arbeiters im Dritten Reich werden. Er bedeutet einen schweren Angriff auf die Taschen der Arbeiter; denn die Mitglieder der Arbeitsfront werden insgesamt über eine Viertelmilliarde dafür zu zahlen haben!

Ueber Lohnerhöhungen zu reden ist verboten — statt dessen müssen die Arbeiter eine Viertelmilliarde für den Festanzug ausgeben! Das ist Sozialpolitik, Modell Drittes Reich!

Ley entfettet

Der Sklavenhalter für die deutsche Arbeitsfront, Ley, will die deutschen Arbeiter erziehen. Er will die Vierzig- und Fünfzigjährigen exerzieren lassen; denn, so sagt er:

„Wir müssen das überflüssige Fett in unserem Volke beseitigen, damit der Körper wieder die nötige Spannkraft erhält.“

Deutsche Arbeiter von vierzig und fünfzig Jahren pflegen nicht auszusehen wie Ley: vollgefressen und vom Alkohol aufgeschwemmt. Sie haben lange Krisenjahre hinter sich und den Hunger kennen gelernt.

Für Ley sind sie noch nicht ausgemergelt genug. Deshalb wird ihnen verboten, von Lohnerhöhungen zu reden, deshalb sollen sie nach Feierabend gedrillt werden. Sie könnten sonst unter den Segnungen des Dritten Reiches — fett werden.

scheuen Andeutungen aus. Er griff nach Zeitungen, legte sie wütend zur Seite. Eine sah so charakterlos aus wie die andere, nirgends so etwas wie eine eigene Meinung. Die politischen Artikel piffen alle auf dem gleichen Hurraton. Durch die Straßen rannten braune Uniformen, einzeln und truppweise. Lastautos sah er, von bewaffneten SA-Leuten besetzt, in der Mitte bleiche Gefangene, die irgendwohin geschleppt wurden. In einer Seitenstraße auf einem Wagen eine alte Frau, neben ihr SA-Wache. Feiner kalter Regen rieselte hernieder; die alte Frau zog das Umschlagttuch enger um die frierenden Schultern und sah an dem Haus hinauf. Dort oben wurde gehaust; ihr Sohn war nicht daheim; man hatte einige Bücher gefunden, drum wurde sie mit zur Wache geschleppt.

Er ging zu seinem Sportplatz; der war geschlossen, beschlagnahmt. Ueberall starrte ihn fremdliche Fremdheit an. Selbst im nahen Walde mit seinen Birken und Kiefern strömte ihm das lähmende Gefühl von Leere und Unbehagen entgegen. Braune Trupps zogen durch Schnelsen, imitierte Handgranaten im Gürtel; Kriegsübung im bunt gefleckten Herbstwalde. Alte moosweiche Plätze, auf denen er noch im Frühling mit Freunden gelagert, dünkten ihm leblos, unwirklich, fern. Traurige Bilder des braunen Alltags folgten ihm auf Schritt und Tritt. Er suchte die Heimat und fand sie nicht. Als er einst von der Wanderschaft kam, nahm sie ihn auf wie eine Mutter. Nach dem Kriege erwachte er daheim aus einer blutigen Krankheit. Diesmal war das anders. Er suchte die

Das Tier ja, der Mensch nicht!

Wie gut, in Hitlerdeutschland ein Tier zu sein!

Sämtliche deutschen Tierschutz-Vereine haben, wie man sich erinnern wird, den Preußen-Zar Göring zum Ehren-Vorsitzenden und „Schirmherrn“ ernannt. Weil diese Hitler-Kreatur ihren Schutz angelehnt läßt. Nun haben die jetzt Deutschland regierenden Menschenbeißer ein scharfes Reichs-Tierschutzgesetz erlassen. Den Tieren wird gewährt, was den Menschen versagt bleibt. Die Verfassungsartikel, die den Schutz des Lebens und der persönlichen Freiheit eines jedes deutschen Bürgers gewährleisten, sind ja — dank der Verordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg — außer Kraft. Um wieviel haben es also heute in Hitler-Deutschland die Tiere besser!

Verboten ist: Rohes Mißhandeln oder unnützes Quälen eines Tieres —

aber erlaubt ist: Menschen vielsch zu mißhandeln und sie in zahllosen Gefängnissen, Zuchthäusern und 26 Konzentrationslagern zu quälen!

Mit Gefängnis bis zu zwei Jahren wird bestraft, wer sich Tier-Mißhandlung oder Tier-Quälerei hat zuschulden kommen lassen —

Doch als „nationaler Held“ wird gefeiert und zum General der Infanterie wird vom Reichspräsidenten befördert, wer zehntausende Menschen foltern läßt, — wer befohlen hat, es müsse auf alle Fälle geschossen werden — wer gesagt hat, ein Mord sei kein Mord, wenn er eine „nationale Tat“ sei, — wer erklärt hat, die Pollizei sei nicht dazu da, „marxistische Verbrecher zu schützen“, wer ein Blutgesetz sondergleichen gegen anders Gesinnte verlaßt hat!

Verboten ist: Ein Tier derartig zu vernachlässigen, daß es durch erhebliche Schmerzen oder Schaden erleide —

aber erlaubt ist: 170.000 deutsche Staatsbürger in Konzentrationslager und Zuchthäuser zu sperren, sie dort schlimmer noch als Tiere zu behandeln; ihnen eiternde Wunden durch Hieb- und Stichwaffen beibringen zu lassen; Söhne zu zwingen, die eigenen Väter zu prügeln; und Gefangenen mit bestialischer Gewalt Arme oder Beine zu brechen und sie zu zwingen, aus Jauchekübeln zu trinken!

Verboten ist: Ein Tier unnötig zu Arbeitsleistungen zu verwenden, die offensichtlich seine Kräfte übersteigen —

aber erlaubt ist: Alte Männer zu körperlich schwerster Arbeit zu zwingen, sie mit Gummiknüppeln blutig zu schlagen, wenn sie unter dieser Arbeit zusammenbrechen; halbwüchsige und kranke in einen „Arbeitsdienst“ zu pressen, gegen den der alttestamentarische ägyptische Frondienst eine spielerische Angelegenheit war!

Verboten ist: Einem Hund die Ohren oder den Schwanz zu kürzen —

aber erlaubt ist: Einem Schutzhäftling eine brennende Fackel unter die nackten Füße zu halten; einem Häftling (Rechtsanwalt Jaochim) mit glühenden Stempeln Hakenkreuze auf den Kopf und ins Ge-

sicht zu brennen (er ist unter entsetzlichen Qualen daran gestorben); einem Wehrlosen mit einem Messer in den Handrücken Hakenkreuze zu schneiden; einen „Schutzhäftling“ so zu mißhandeln, daß er das Gedächtnis verliert (Rechtsanwalt Litten); tausende andere Häftlinge roh zu verstümmeln; Gefangenen mit Fußtritt die Nieren zu zerquetschen (Rechtsanwalt Eckstein) und sie für immer krank und siech zu machen!

Verboten sind: Versuche an lebenden Tieren im allgemeinen —

aber erlaubt ist: Willkürliche Sterilisationen und Kastration von Menschen, wenn sie nicht dem „erbblologischen und rassischen Ausleseprinzip“ der Hitler-Germanen entsprechen.

Nur „zulässig“ sind: Forschungsversuche

an Tieren, wenn sie einen bestimmten wissenschaftlichen Erfolg erwarten lassen — aber erlaubt ist: Mit einem 65-Millionen-Volk ein Verbrecher-Experiment zu machen, das ein schlimmes Ende erwarten läßt!

Verboten ist: Ein Tier anders als schmerzlos zu töten —

aber erlaubt ist: Menschen mit Gummiknüppeln, Stahlruten, Totschlägern und Reifpeitschen solange zu schlagen, bis sie eine blutige und zeretzte Masse sind und eines qualvollen Todes sterben!

Verboten ist: Willkürlich ein anderes als ein niederes Tier zu solchen Versuchen zu gebrauchen —

aber erlaubt ist: In Hitler-Deutschland das höchststehende Lebewesen, den Menschen zu quälen und zu morden!

Verbrecherrecht

Lebenslängliche Verwahrung und Kastration

Niemand urteilt strenger über gefallene Mädchen als alternde Kokotten, niemand rümpft verächtlicher die Nase über Armut als reichgewordene Bettler, niemand ersinnt härtere Strafen gegen Verbrecher, als wer selber durch endlose Verbrechen zur Macht kam.

Die nationalsozialistische Reichsregierung kündigt ein neues Strafgesetz an, und zwar ein Spezialgesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher. Die sehr umstrittenen Bestimmungen, die der vom Reichstag bis 1932 beratene Entwurf eines Strafgesetzbuches in seinem ersten Teil gegen das Berufsverbrechertum vorsah, sind aus ihm herausgenommen und — noch bedeutend vermehrt und verschärft — zu einem Sondergesetz vereinigt worden.

Nach diesem Gesetz sollen gefährliche Gewohnheitsverbrecher — schon zwei Vorstrafen genügen als objektive Voraussetzung für die Feststellung dieser Eigenschaft! — bei erneutem Rückfall mit Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren bestraft werden können, auch wenn die Tat an sich mit viel geringerer Strafe bedroht ist. Ferner können sie lebenslänglich in Sicherheitsverwahrung genommen werden? Ähnliche Verwahrung — teils lebenslänglich, teils zeitlich — ist zulässig gegen geistig Minderwertige, vermindert Zurechnungsfähige, Alkoholiker, Landstreicher undsoweiter.

Es wäre das neue Gesetz kein nationalsozialistisches Produkt, wenn es nicht besonders eigentümliche Vorschriften in der sexuellen Sphäre enthielte: gefährliche Sittlichkeitsverbrecher können nach dem Gesetz auf richterliche Anordnung kastriert werden. Nicht etwa handelt es sich hier um eine bloße „Sterilisation“, die Un-

fruchtbarmachung, wie sie ein früheres Gesetz der Nazi in gewissen Fällen zuließ, sondern um die Zerstörung von Geschlechtsorganen mit dem Ziel der völligen Entmannung.

Im allgemeinen war gegen die früheren Bestimmungen des Strafgesetzbuches eingewendet worden: so wenig sich gegen einen besseren Schutz der Gesellschaft durch dauernde Unschädlichmachung der wirklich unverbesserlichen Verbrecher etwas einwenden läßt, so bedenklich ist es andererseits, die Entscheidung darüber, wer als „unverbesserlich“ anzusehen ist, einer erreaktionären Richterschaft zu überlassen. Nicht nur seien im allgemeinen Härte und Willkür zu befürchten — besonders groß sei die Gefahr, daß politisch Oppositionelle, die aus idealer innerer Einstellung den Staat oder die heutige Gesellschaftsordnung bekämpfen, beim dritten Verstoß gegen Strafbestimmung für unverbesserliche Gewohnheitsverbrecher erklärt und lebenslänglich eingesperrt würden. Zumal diese Art Leute sich wirklich nicht „bessern“ wollen.

Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß die Gefahr solcher reaktionärer Gesetzesanwendung im „Dritten Reich“ sich verundertacht hat. Die Ausscheidung der unverbesserlichen Asozialen aus dem Volkskörper, ihre Abschlebung und dauernde Unschädlichmachung ist selbstverständlich nach wie vor ein durchaus beachtliches Problem. Aber hier gilt genau das gleiche, was zu dem Sterilisationsgesetz zu sagen ist: solche Dinge müssen mit größter Sachlichkeit, Leidenschaftslosigkeit und strengster Objektivität ausgeführt werden, wenn nicht viel mehr Schaden als Nutzen, viel mehr sinnlose Grau-

samkeit als Vermeidung unnötiger Leiden erzeugt werden soll. Aber gerade an dieser Voraussetzung fehlt es in einem Lande, in dem Fiebertitze und Raserei täglich mit allen Mitteln neu entzündet werden, zu hundert Prozent.

Was gar die Kastration als „vorbeugende Sicherheitsmaßregel“ gegen Sittlichkeitsverbrecher anbelangt, so eröffnet sie die Perspektive auf eine neue Aera mittelalterlicher Leibesstrafen. Die offizielle Wiedereinführung der Prügelstrafe (neben ihrer inoffiziellen Verhängung in den SA-Höllen) steht sowieso auf dem Programm der Nazi, in den Strafanstalten ist sie bereits als „Ordnungsstrafe“ wieder zulässig. Aber man kann da noch weiter gehen: wenn man den Sittlichkeitsverbrecher kastriert, warum dann nicht dem Taschendieb die Finger abhacken, dem Spion die Augen ausstechen usw. usw.? Der völlige Rückzug ins Mittelalter wird dieser „Revolution“ auf dem Gebiete des Strafrechts nicht schwerer fallen als auf anderen Gebieten.

Justinian.

Richter Lynd

Aus Sachsen, wo es am braunsten ist.

In Seiffhennersdorf in Sachsen berief am 5. November der stellvertretende Nazi-Bürgermeister Neumann eine Einwohnerversammlung ein und hielt gegen seinen Antivorgänger Fichtner eine Rede, in der er ihn in zahlreichen Einzelfällen der Korruption beschuldigte. Fichtner wohnte gezwungener Weise der Versammlung bei und mußte die ganze Anklagerede anhören, ohne ein Wort zu seiner Rechtfertigung sagen zu dürfen. Nach seiner Rede ließ Neumann die Versammlung darüber abstimmen, ob sie mit Fichtner noch zusammen arbeiten wolle, was sie gegen eine Stimme verneinte. Danach forderte Neumann den Altbürgermeister, der auch vor der Abstimmung nicht zu Worte gekommen war, zum Verlassen des Saales auf. Damit war jedoch das edle Spiel noch nicht zu Ende; es gab noch ein Nachspiel, wie aus folgender amtlicher Bekanntmachung der Ortsgruppenleitung hervorgeht:

Nach der gestrigen Kundgebung ist dem Ortsgruppenleiter mitgeteilt worden, daß sich ein kleiner, unliebsamer Zwischenfall mit dem Bürgermeister ereignet haben soll. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Ortsgruppenleitung denselben durchaus nicht billigt, sondern verurteilt. Die Verbreitung falscher Nachrichten darüber wird geahndet.

Ob der Bürgermeister Fichtner den „kleinen unliebsamen Zwischenfall“ ohne dauernden Schaden überstanden hat, darüber meldet die Ortsgruppenleitung nichts.

Ein Brief — 9 Monate

Ein 19jähriges Mädchen aus Emmerich hatte an seinen holländischen Freund einen Brief geschrieben, der an der Grenze kontrolliert wurde. Da der Brief wahre Behauptungen über die deutschen Zustände enthielt, wurde das Mädchen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Heimat, irrte umher und fand einen Trollspuk, wie er ihn als Kind in Märchen erlebte: Schreckhafte Erscheinungen, viereckige Gesichter, Gestaltungen einer irren Welt. Vertraute Sprache ringsum, aber seltsam gedämpft, geflüstert, gehemmt, krank. Alles so lauernd, als müßten Millionen plötzlich aufwachen, Masken abwerfen, verhaßte Küssen werschlagen, Fahnen zerreißen, Flüche, Verwünschungen, Anklagen laut heraus schreien: „Deutschland wollen wir! Deutschland, unsere Heimat! Keine fremde Kaserne, keine hunnische Schreckenkammer, kein feindliches Konzentrationslager, kein braunes Panoptikum! Deutschland wollen wir!“

Suchend schritt er durch eine lange Vortrallee. Hier mußte der Platz sein, wo sie einst als Bösen — — — Lautes Trommeln schreckte ihn auf. Die Straße daher zog ein SA-Trupp. Fahnen voran. Leute blieben stehen, mußten die Fahnen mit ausgerecktem Arm grüßen. Er schwenkte in eine Seitenstraße, wollte den Rummel nicht sehen. Da sprangen ihm schon einige braune Lummel nach. „Willst du wohl salutieren, Lump!“ Gummiknüppel sausten. Vor seinen Augen drehte sich Straßengrau mit Braun untermischt. Er ballte die Faust, schlug irgendwohin... Wieder hämmerten Gummiknüppel. Dann packten sie den halb Bewußtlosen und schleppten ihn davon.

Man hörte nichts mehr von ihm. Der alte Schuhmacher wartete drei Wochen, dann schickte er den Koffer an die Tochter im Rheinland.

„Hitler, Techniker aus Wien“

Das Erlebnis der Frau Popp.

„Die „Süddeutsche Sonntagspost“ veröffentlicht in Nr. 47 die Erinnerungen eines Schneiderehepaares Namens Popp aus München, bei dem Hitler von 1912—14 als Zimmerherr wohnte. Voll tiefer Rührung wird da geschildert, was für ein solider Herr — sozusagen ein „besserer Herr“ — der Mieter war, wie er nicht trank und nicht rauchte, nicht fanzte und kein Mädchen anuckte, sondern „bis in die Nacht über den Büchern lernte“.

Mitten in dem byzantinischen Aftermieter-Heldensang der „Süddeutschen“ findet sich ein verräterischer Passus:

Nun sah er erst, daß Frau Popp ihm einen Zettel gebracht hatte, den polizeilichen Meldezettel. Er nahm die Feder und füllte in kleinen, zusammengedrängten Buchstaben das polizeiliche Formular aus. Als Frau Popp wieder in der Küche saß, setzte sie die Brille auf und überflog den Zettel, der die Namenszüge des neuen Zimmerherrn trug:

„Adolf Hitler, Techniker aus Wien“.

... Adolf Hitler, das hatten sie freilich bald bemerkt, war gar nicht Techniker, wie es auf dem Meldezettel stand, sondern Zeichner und Maler...“

War gar nicht Techniker, war auch gar nicht Zeichner... sondern Anstreicher!

Dieser Beruf aber erschien ihm nicht vornehm genug, er hatte schon immer den Zug „zum Höheren“. Deshalb hielt er mit seinen Arbeitskollegen niemals gute Kameradschaft, er schämte sich ein Arbeiter zu sein. Und darum fälschte er seinen Meldezettel.

Man kann fälschen aus Liebe, aus Leidenschaft, aus Geldsucht. Hitler fälschte seinen polizeilichen Meldezettel, weil er in den Augen der braven Frau Popp nicht „ein gewöhnlicher Arbeiter“ sein sollte, er fälschte unter dem Zwang seines Minderwertigkeitskomplexes.

Tragikomödie eines Kleinbürgers!

Dichters Ängste

Vom Frickschen Reichsinnenministerium protegiert, erscheint in Dresden eine Monatschrift für „völkische Kultur“. In der Propagandnummer fordert ein gleichgeschalteter Skribent den „Einbau des Dichters in den Staat.“ Das steht wörtlich so ein paar mal schwarz auf weiß. Staatliche „Hege und Pflege“ wird gefordert, damit der Dichter nicht „dem Juden in die Arme getrieben“ wird und damit das, „was der Dichter muß und was der Staat will, zwanglos zusammen fällt...“ Auch dieses hilflose Zeug steht wörtlich da. Dann aber gehts weiter:

So muß die Hege und Pflege sich vor allen Dingen und zuallererst dahin answirken, daß dem Dichter die Angst genommen wird, er dürfe jetzt nicht mehr schreiben, was er wolle, er müsse sich etwa auch noch an gewisse Stoffe halten, die besonders

„deutsch“ seien. Diese Angst ist nämlich vorhanden und sie ist gerade bei unseren Besten vorhanden.

Aber wie die „Besten“ das nun machen sollen, daß sie in der Angst das völkische Richtige treffen und dabei richtige Kunst entsteht — den Trick hat noch niemand entdeckt und darüber zerbrechen sich alle Beteiligten im Dritten Reich die Köpfe. Die selbstverständliche Voraussetzung jedes wirklichen Kunstschaffens, nämlich Freiheit, wagt keiner der besorgten Kulturhüter zu fordern. Ein eckelhaftes Bild hilfloser Feigheit und Heuchelei!

Sarottis Ped

Die bekannte Berliner Schokoladenfabrik Sarotti hat eine neue Konfektverpackung herstellen lassen: Schwarzweißrot mit Eichenlaub! Das Berliner Polizeipräsidium hat jedoch auf Grund des Gesetzes über den Schutz der nationalen Symbole diese Packung verboten.

Katholisches Kirchenblatt verboten

Das „Katholische Kirchenblatt für Bochum und Umgebung“ ist wegen eines staatsfeindlichen Artikels für vier Wochen verboten worden.

Seid menschlich zu Fischen!

Wie das Büro des Vereines Deutscher Zeitungsschreiber meldet, ist durch die preußische Polizeiverordnung der Schutz der Fische vor Quälereien neu geregelt worden.

Herr Schulz gestern und heute

Ein politischer Schnellverwandlungskünstler

Politische Erdbeben, wie die Falschierung Deutschlands haben neben all ihrer Tragik und ihren grauenhaften Begleiterscheinungen einen nützlichen Vorgang im Gefolge: die unbarmherzige Scheidung der Charaktere. Und so haben wir sie denn in den vergangenen Monaten aufmarschieren sehen, diese Reihen der Ueberläufer, der Verräter und Gesinnungsjongleure, die sich gleich- und umschalteten, die bis zur Selbstentmanung gingen, um den neuen Herren wohlgefallig zu sein.

Während Zehntausende von Gesinnungsstolzen, die dem Martiertod der SA, entgingen, hinter dem Stacheldraht der Konzentrationslager schmachten und eher Schritt für Schritt dem Untergang entgegengehen, ehe sie sich und ihrer Sache untreu werden, erscheint im Stuttgarter Engelhorn-Verlag das Buch eines Mannes, der früher einer der lautesten Rufer im marxistischen Lager gewesen ist und nun vor dem von ihm einst verachteten Anstreicher aus Braunau Kotau macht. Ein ehemaliger sozialdemokratischer Journalist, F. O. H. Schulz aus Düsseldorf veröffentlicht ein Buch: „Untergang des Marxismus“.

Es ist selbstverständlich, daß der deutsche Faschismus es als einen besonderen Leckerbissen betrachtet, von einem ehemaligen Marxisten eine Widerlegung des Marxismus zu erhalten, und daß er in seiner Presse von dem Produkt des Mannes mit den drei Buchstaben nicht wenig Aufsehen macht. Aber man hat einen schlechten Griff getan, denn abgesehen von der Persönlichkeit des Verfassers, mit der sich nicht viel Staat machen läßt, ist das Buch ein glatter Versager.

Und dann haben diejenigen, die sich ihres neuen Pgs. schon freuten, noch ein besonderes Pech: Der Herr Schulz hat am Vorabend der „nationalen Revolution“, in den ersten Märztagen dieses Jahres, unvorsichtigerweise eine Schrift erscheinen lassen, in der er sich schon im voraus selbst widerlegt und von rechts nach links und von links nach rechts ins eigene Gesicht schlägt. Damals bewies er in einem Büchlein: „Wer ist wahrhaft national?“ genau das Gegenteil von dem, was er jetzt der Nazi-Welt beschert hat.

Im März erschien die Schrift „Wer ist wahrhaft national?“ und als Abschlußtermin des vorliegenden Buches gibt der Verfasser den Juli an. Berücksichtigt man, daß 366 Druckseiten immerhin einige Monate Arbeit beanspruchen, selbst wenn sich der Verfasser nicht in geistige Unkosten gestürzt hat, dann bleibt eine imponierend kurze Spanne für den politischen Kleiderwechsel.

Nachdem der tüchtige Verfasser über Marxens Persönlichkeit die notwendigen Jauchenkübel entleert und ihn als menschlich minderwertig „entlarvt“ hat, gullottiniert er das Kernstück des Marxismus, die Klassenkampftheorie folgendermaßen:

„Das schwerste Hindernis der Auslöschung des Marxismus als des politischen Wegweisers war die Klassenkampffideologie, die durch Jahrzehnte in die Köpfe der sozialistischen Arbeitermassen hineingehämmert worden war und deren Beseitigung nur zu einem geringen Teil gelang. Diese Klassenkampffideologie ist schuld daran, daß in dem Augenblick, wo die Nation nach einer furchtbaren Prüfung ihren elementaren Selbsterhaltungswillen zu einem eisernen Block hätte zusammenschmieden müssen, die aus der Verschiedenartigkeit des Besitzes hervorgehenden Gegensätze wie unübersteigliche Abgründe aufgerissen und zum Anlaß gegeneinander gemacht wurden.“

„Der Klassenkampf zum Grundsatz erhoben, kann überhaupt nur in der Haßstimmung enden.“

„...den geistigen Vertretern des Bürgertums und den nach sittlicher Reife im Gesellschaftlichen strebenden Arbeitern konnte nicht verborgen bleiben, daß der Marxismus als Klassenkampffideologie auf die Massen seiner Anhänger einen in der Gesinnung häufig genug verrohenden Einfluß ausüben mußte.“

Das hat derselbe Mann geschrieben, der noch im März dieses Jahres in der erwähnten Schrift „Wer ist wahrhaft national?“ folgendes ausführte:

„Als Friedrich Engels und Karl Marx das Gesetz der privatkapitalistischen Gesellschaftsentwicklung aufzeigten, als sie dem Proletariat die Augen für die Tatsache jener furchtbaren Klassenscheidung mit ihren noch furchtbareren Folgen öffneten, als sie die Arbeiterklasse verpflichteten, den ihr vom Privatkapitalismus

diktieren Klassenkampf aufzunehmen, und als schließlich die deutsche Sozialdemokratie sich auf den Boden des Klassenkampfes stellte, ihn politisch und wirtschaftlich formte, erfüllten sie international, wie national (Von Schulz gesperrt! Die Red.) eine sittliche Pflicht erster Ordnung.“

„Es ist keine billige Phrase, sondern eine Tatsachenfeststellung erster Ordnung, wenn ein sozialistischer Theoretiker unserer Tage den sozialistischen Klassenkampf als eine sittliche Pflicht charakterisiert. Als Bestandteil der deutschen Nation, als ihr wesentlichstes Element muß die deutsche Arbeiterklasse diesen Klassenkampf führen, wenn sie nicht will, daß eine kleine Herrschichte im Besitz von Grund und Boden, im Besitz der Bergwerke, im Besitz der Banken und der Industrie, getrieben von schrankenloser Profitgier, die große besitzlose Masse der Nation zugrunde richtet. Damit ist der Klassenkampf des sozialistischen deutschen Proletariats eine nationale Aufgabe höchsten Ranges.“

„Wer den Fluch der gegenwärtig bestehenden Klassenscheidung nicht empfindet, wer — sie wegzueskamotieren versucht — wer nur von einer Volksgemeinschaft redet, die nur durch den sozialistischen Klassenkampf gestört werde, der redet nicht im Interesse der Nation, dem muß die Maske vom Gesicht gerissen werden...“

Nachdem wir so Herrn Schulz selbst veranlaßt haben, sich „die Maske vom Gesicht zu reißen“, könnten wir das Kapitel eigentlich schließen, wir wollen das jedoch nicht tun, ohne noch einige Musterbeispiele von Gesinnungsakrobatik gegeben zu haben, wie sie im „neuen“ Deutschland möglich ist.

Nachdem Herr Schulz nämlich in seinem neuesten Buch auf die klassische Philosophie und Kant zu sprechen gekommen ist, sagt er von den „marxistisch verseuchten“ Arbeitern folgendes:

„Sie erfuhr nicht, daß der Marxismus als Krisenerscheinung nur ein Abfall aus diesem Reich der sittlichen Verpflichtung ist.“

„Der Marxismus will aus der Wüste der Spekulation menschliche Paradiesgärten machen. Er hat keinen Kulturboden und kann infolgedessen auch keine Kultur erzeugen.“

„Niemals haben sich jüdische Prophetie und messianischer Weissagungsdrang grotesker offenbart als in diesem Musterzeugnis des historischen Materialismus.“

In der Schrift „Wer ist wahrhaft national?“ heißt es dagegen:

„Marx und Engels haben sich nicht nur als die Nachfahren, sondern auch als die Vollstrecker der großen deutschen Geistesgeschichte gefühlt.“

„Unsere Aufgabe ist es — dem Volke zu zeigen, daß auch der marxistische Sozialismus edelstes deutsches Gedankengut birgt, daß der Ideenreichtum der klassischen deutschen Philosophie in keiner

Bewegung eine solche Auferstehung wie im Sozialismus erlebt hat. Und daß diejenigen, die den gemeingefährlichen Versuch unternehmen, die deutsche Sozialdemokratie außerhalb der Landesgrenzen zu stellen, nicht mehr und nicht weniger als die moralische Expatriierung der Kant und Fichte, der Lessing, Herder,

Goethe und vieler anderer Männer der rühmlichsten deutschen Geistesgeschichte besorgen!“

Dieses Wechselspiel läßt sich beliebig fortsetzen. Es beweist, daß der tüchtige Verfasser mit seinem „Untergang des Marxismus“ gar nichts bewiesen hat, es sei denn seine eigene Schande und außerdem vielleicht noch das eine, das der Schmock, der schreiben kann rechts und schreiben kann links, keineswegs eine an die Rasse gebundene Erscheinung ist. Er kann auch blond sein und Schulz heißen!

Georg Bernhards Buch

Notwendige Berichtigung einiger Irrtümer

Das Buch Georg Bernhards „Die deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik“ ist soeben im Prager Orbis-Verlag erschienen. Es wird gewiß zahlreiche Leser finden, denn es schildert mit großer Lebendigkeit Ereignisse, die die ganze Welt in Atem halten und sie zu kritischer Auseinandersetzung zwingen. Bernhard hat die Dinge, von denen er spricht, zumeist aus nächster Nähe mit angesehen und als aktiver Politiker und Journalist sogleich zu ihnen Stellung genommen. Das ist für seine zusammenfassende Arbeit zum Teil nützlich geworden, zum anderen Teil aber auch schädlich, da sich Bernhard leider nicht überall die Zeit genommen hat, die notwendig war, um allzu rasch gefaßte Meinungen zu überprüfen.

Das ist um so bedauerlicher, als die gute Absicht Bernhards, objektiv zu urteilen und auch der Sozialdemokratischen Partei Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, unverkennbar ist.

Bernhard beschäftigt sich u. a. mit der ersten Sitzung des Hitler-Reichstages, in der die sozialdemokratische Fraktion durch Wels die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes aussprach und verkündete. Bernhard findet dieses Verhalten in Anbetracht der Lage „noch mutig“ — und in der Tat stellt es in der Geschichte der Opposition gegen Hitler einen Lichtpunkt dar. Dennoch ist er mit der Sozialdemokratie nicht zufrieden. Hitler, so führt er aus, habe bei der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes an einer scheinbaren Verfassungsmäßigkeit das stärkste Interesse gehabt, die Sozialdemokratie aber hätte seinen Plan zerschlagen können, wenn sie der Sitzung ferngeblieben wäre.

Das ist ein Irrtum Bernhards. Ganz abgesehen von der Frage, ob es Hitler wirklich so erschüttert hätte, wenn ihm der Schein der Legalität fünf Minuten früher verloren gegangen wäre, bedurfte der Reichstag zur Erledigung eines verfassungsändernden Gesetzes einer Zweidrittelmehrheit, nicht, wie Bernhard annimmt, einer Dreiviertelmehrheit. Gewählt waren 647 Abgeordnete, davon 81 Kommunisten, die man gar nicht mehr in den Reichstag hineinließ, und 120 Sozialdemokraten, zusammen 201 — das ist zusammen noch nicht ein Drittel. Auch wenn

die Sozialdemokraten wegblieben, war die Zweidrittelmehrheit noch geblieben. Also ist der Vorwurf, den Bernhard in diesem Punkte gegen die Sozialdemokratie erhebt, unbegründet. Auch das Fernbleiben der fünf Staatsparteiern hätte nichts geändert, es war schon notwendig, daß sich das Zentrum mit anschloß. Wie aber das Zentrum damals stand, erhellt aus der Tatsache, daß einer der angesehensten Zentrumsmitglieder während der einstündigen Unterbrechung der Sitzung im Zimmer des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes erschien und, Tränen im Auge und am ganzen Körper zitternd, an Otto Wels eine förmliche Beschwörung richtete, er möchte doch auf die Abgabe der Erklärung verzichten. Erfolge dieser Verzicht nicht, so werde kein Sozialdemokrat das Krollgebäude lebend verlassen.

Ueber die Frage, ob es nicht richtig gewesen wäre, dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 mit Waffengewalt zu begegnen, kann man verschiedener Meinung sein. Aber wenn Bernhard berichtet, Hirtsiefer und Klepper hätten das Zuschlagen verlangt und Severing habe sich geweigert, so ist das objektiv unrichtig. Und wenn Bernhard von einer „Kapitulation im Vollbesitz aller Machtmittel“ spricht, so muß man wirklich darüber staunen, daß ein Mann wie Bernhard die Dinge so auf den Kopf stellen kann.

Die Machtmittel waren am 20. Juli mit erdrückendem Uebergewicht in der Hand der Gegner. Denn dieser verfügte über die Reichswehr und ihre schweren Waffen, denen die Polizei, selbst wenn sie standhielt, nichts gleichwertiges entgegenzusetzen hatte. Die Polizei war aber durch Verhängung des Belagerungszustandes dem militärischen Befehlshaber unterstellt, der zweifellos jeden Widerstand als Meuterei betrachtet und behandelt hätte. Unter diesen Umständen war der Uebergang mindestens eines Teiles der Polizei zur Reichswehr als sicher vorauszu-

sehen. Dazu kommt, daß die Preußenregierung bei den Wahlen am 24. April schon geschlagen worden war und über keine Mehrheit mehr verfügte, während Hindenburg mit absoluter Mehrheit zum Reichspräsidenten gewählt war. Merkwürdigerweise nimmt Bernhard Hindenburg persönlich in Schutz, er scheint zu glauben, daß der alte Mann für seine Taten nicht mehr recht verantwortlich zu machen sei. Das könnte nur gelten, wenn der Verfall der geistigen Kräfte vollständig wäre. Aber so weit war es am 20. Juli 1932, jenem Tag, mit dem das große Epos der deutschen Treue beginnt, gewiß noch nicht!

Auf der anderen Seite hatten die Kommunisten die hoffnungslose Lage der Preußenregierung mit herbeigeführt. Sie hatten nicht nur in unzähligen Abstimmungen mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen Braun-Severing gestimmt, sie hatten auch zum Schluß jenen Beschluß mit herbeigeführt, der die preußischen Minister zur Enthaltung von jeder Amtstätigkeit zu zwingen versuchte, obwohl die Verfassung sie verpflichtete, die Geschäfte fortzuführen, bis eine neue Regierung zustandegekommen war. Papen hätte sich zu allem anderen auch noch darauf berufen können, daß er nur einen Beschluß des Landtags ausführe, in dem er die Minister gewaltsam aus den Ämtern entfernte.

Man kann trotzdem der Meinung sein, es wäre besser gewesen, mit offenen Augen in die militärische Niederlage hineinzugehen, als auf den Versuch der Verteidigung zu verzichten. Aber diesen Verzicht als eine „Kapitulation im Vollbesitz aller Machtmittel“ zu bezeichnen, das heißt doch die Tatsachen völlig auf den Kopf stellen.

Natürlich ist mit dieser notwendigen Entgegnung über Bernhards Buch noch kein Gesamturteil gefällt. Aber eben weil es neben Falschem und Flüchtigem auch viel Wertvolles enthält und sicher viele Leser finden wird, schien es mir wichtig, zunächst diese unvermeidlichen Richtigstellungen vorzubringen. Vielleicht ergibt sich Gelegenheit, noch einmal in anderem Zusammenhang auf das interessante Buch zurückzukommen. P. 54

MAX KLINGER:

Volk in Ketten

DEUTSCHLANDS WEG INS CHAOS

Dies Buch ist die erste umfassende Darstellung der Entstehung des „Dritten Reiches“. Es schildert auf knappem Raum — 104 Seiten —:

- wie Schleicher von dem Dreibund Großgrundbesitz, Schwerindustrie und NSDAP gestürzt wurde,
- daß die „Erhebung der Nation in Wahrheit ein Kampf um die Rettung des Privateigentums war“,
- daß ein Kampf Reichswehr kontra Reichswehr dicht bevorstand,
- daß Hugenberg die Nazis führen wollte, aber der Genasführte wurde,
- das System Göring: Fesselung des alten Staatsapparates und systematische Entfesselung des SA-Terrors,
- die Folterstätten der SA und SS,
- die Methoden der Judenbekämpfung,
- die Siegesfeste der Gegenrevolution,
- das Ende des Rechtsstaates,
- die Haltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

So formt sich aus den 12 Kapiteln dieses Buches das Bild des großen „Zuchthauses Deutschland“, das die Schrift von Klinger in seiner ganzen Ensetzlichkeit enthüllt.

Das Buch erscheint in etwa zehn Tagen! Wir erwarten Ihre Vorbestellung. — Preis K 12.—, direkt an den Verlag „Graphia“, Karlsbad, Kantstraße.